

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Vierteljährlich 3,00 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,50 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die deutschsprachigen Kolonialzeitung oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Berichtigungen 30 Pf.
 Kleine Anzeigen, das ist gedruckte Wort 20 Pf., (zwei bis 2 Zeilen gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 11. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erklärung.

Auf unsere Erklärung in Nr. 98 des „Vorwärts“ vom 8. April bringt die Redaktion des „Vorwärts“ in der Sonntagnummer eine vier Spalten lange Erwiderung. Dieser ungeheure Aufwand an Worten soll verdeutlichen, daß die vom Parteivorstand getroffenen Maßnahmen zum einzigen Zweck haben: die Meinungsfreiheit in dem Zentralorgan der Partei zur Geltung zu bringen.

Um den Eindruck unserer Erklärung abzuschwächen, sucht die „Vorwärts“-Redaktion in ihrer langen Verteidigungsschrift die Leser von neuem irrezuführen. So sagt die „Vorwärts“-Redaktion, daß es im Laufe der 21 Kriegsmomente manchmal so hingestellt worden sei, als ob die Reichstagsfraktion die höchste Parteinstanz sei, deren Meinungen und Handlungen kritisch als Äußerungen des ausschlaggebenden Parteiwillens hingenommen werden müßten. Das trifft auf den Parteivorstand nicht zu. In unserer Erklärung hieß es:

„Ganz selbstverständlich kann der „Vorwärts“ nach wie vor an der Parteimehrheit, an der Fraktion und an den Institutionen der Partei Kritik üben.“

Die „Vorwärts“-Redaktion behauptet ferner, daß die 18 Separatisten, solange sie auf dem Boden unserer Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse stehen, auch ein Recht haben, im „Vorwärts“ zu Wort zu kommen.

In unserer Erklärung hieß es:
 „Die Parteigenossen haben das Recht, beide Seiten zu hören, damit sie sich selbst ein Urteil bilden können.“

Die „Vorwärts“-Redaktion behauptet weiter, daß ihre Meinungsfreiheit bisher darin bestanden habe, ihre Ueberzeugung und Anschauungen im Blatte zu vertreten und daß niemals der Grundlag ausgestellt worden sei, die Redakteure des „Vorwärts“ müßten Aulus der Vorstandsmeinung und der Fraktionsmehrheit sein.

In unserer Erklärung hieß es:
 „Von einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit kann aber auch deshalb keine Rede sein, weil der Redaktion niemals verwehrt wurde, ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen. Verlangt wurde nur, daß neben der Minderheit auch die Mehrheit im Zentralorgan ausreichend zu Wort kommt.“

Die „Vorwärts“-Redaktion schreibt ferner, daß nur Böswilligkeit und Unkenntnis behaupten könne, die „Vorwärts“-Leiter hätten nicht erfahren können, wie die Mehrheit denkt und was sie will, und sie verweist dabei auf die ausführlichen Parlamentsberichte, in denen doch die Mehrheitsanschauungen sehr gründlich erörtert worden seien. Die „Vorwärts“-Redaktion ging allerdings noch nicht so weit, im Parlamentsbericht die Reichstagsreden von Mehrheitsvertretern zusammenzufassen, sondern sie hat sich vorerst nur herausgenommen, Reden von Vertretern der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ in der Redaktion zu verlagern. Das geschah zum Beispiel in derselben Sonntagnummer vom 9. April, in der die „Vorwärts“-Redaktion gegen den Vorwurf Stellung nimmt, daß sie das Blatte zugunsten der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ mißbrauche.

Die „Vorwärts“-Redaktion hat in den 20 Kriegsmomente niemals die Führer der Fraktions- und Parteimehrheit aufgefördert, über die von den offiziellen Parteiorganen — Parteivorstand, Parteiaussschuß, Reichstagsfraktion — für die politische Tätigkeit der Partei beschlossenen Richtlinien im „Vorwärts“ zu schreiben. Es wäre aber selbstverständlich Pflicht der Redaktion des Zentralorgans gewesen, in dieser so ersten Zeit die Mehrheit im Zentralorgan neben der Redaktions- und Minderheitsmeinung laufend zu Wort kommen zu lassen.

Die „Vorwärts“-Redaktion führt zur Entschuldigung ihrer Intoleranz an, daß sie nicht jeder Einsendung von Mehrheitsvertretern Raum gewähren konnte, weil sie nicht immer mit derselben Deutlichkeit zu jeder Einsendung von Mehrheitsvertretern hätte Stellung nehmen können. Wer die Tätigkeit der „Vorwärts“-Redaktion während des Krieges verfolgt hat, wird gefunden haben, daß sie im Bedarfsfälle Mittel und Wege gefunden hat, die Mehrheitsvertreter, die in anderen Parteiblättern zu Wort gekommen waren, vor der Parteipublizität herabzusetzen.

Die „Vorwärts“-Redaktion weist weiter zu ihrer Entschuldigung auf den Raumangel hin. Raumangel kann aber nie ein Entschuldigungsgrund sein, wenn es sich nur darum handelt, den vorhandenen Raum gerecht zu verteilen. Wenn sie den Verdacht ausspricht, daß der Parteivorstand und der Geschäftsführer Fischer mit ihren Mahnungen zur Erspornis von Raum den Nebenwech verfolgt hätten, der unliebsamen Redaktion in ihrer Redaktionsführung Schwierigkeiten zu machen! Diese Unterstellung ist um so lächerlicher, als die Preßkommission bei der Verurteilung dieses Spar-Evangeliums mitgewirkt hat.

Den Hinweis auf die neue Form der Parteikorrespondenz hätte sich die „Vorwärts“-Redaktion sparen sollen. Denn die Erweiterung des Aufgabenkreises der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ war gerade deshalb notwendig geworden, weil das Zentralorgan der Partei unter größlicher Vernachlässigung der einfachsten journalistischen Anstandsbedingungen das, was ihm nicht in den Kram paßte, entweder glatt unterdrückte oder aber tendenziös frisiert seinen Lesern aufstülpte.

Auf das, was die Redaktion über den Genossen Cunow sagt, überlassen wir diesem selbst die Antwort. Wir haben den Fall Cunow nur herangezogen, um zu zeigen, wie dieses Mitglied der Redaktion, dessen wissenschaftliche Bedeutung allgemein anerkannt ist, von der Redaktion behandelt wird.

Wenn der Parteivorstand, nachdem die Spaltung der Reichstagsfraktion eingetreten war, gegen das Treiben der „Vorwärts“-Redaktion einschritt, so war er dazu gezwungen, weil die Redaktion das Blatte zum offiziellen Sprachrohr der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gemacht hatte, d. h. einer Sonderfraktion, für die allen Einwendungen der „Vorwärts“-Redaktion zum Trotz, das Organisationsstatut der Parteimehrheit keinen Raum hat. Der Parteivorstand durfte nicht dulden, daß das Zentralorgan der Partei noch mehr zu einem Kampforgan gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion herabgewürdigt wurde. Daß diese Gefahr bestand, dafür folgende Tatsachen zum Beweis:

In der Nr. 88 des „Vorwärts“ vom 24. März 1916 wurde die Steuerrede, die der sachlich auf dem Boden der Parteimehrheit stehende Genosse Hoch im Reichstag gehalten hatte, in dem Stimmungsbild über die Reichstagsverhandlungen in der gehässigsten Weise besprochen. Außerdem wurden über das Verhalten der Fraktion vollkommen unwahre Behauptungen aufgestellt. Die Reichstagsfraktion hat damals — also vor der Spaltung — mit allen gegen die eine Stimme des „Vorwärts“-Redakteurs Stadthagen diese parteischädigende Methode verurteilt und ihren Vorstand gebeten, wenigstens die Unwahrheiten zu berichtigen. Das unterblieb nur wegen der am selben Tage eingetretenen Fraktionspaltung.

Zum Verfasser des Stimmungsbildes über die Reichstagsverhandlungen hatte die „Vorwärts“-Redaktion den wüsten Abg. Kühle bestimmt, der einige Zeit vorher die Sätze geschrieben hatte:

„Denn wenn auch die Spaltung der Fraktion zunächst noch nicht die Spaltung der Partei ist, so steht für mich und viele andere doch außer Zweifel, daß diese folgen muß, weil sie nach Lage der Dinge unvermeidlich geworden ist. . . Und ich weiß, daß in der Partei viele Tausende mit mir die Spaltung der Fraktion sehr lebhaft herbeiwünschen, . . . daß sie die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machen.“

Parteigenossen! War es nicht die höchste Zeit, daß der Parteivorstand der Redaktion des Zentralorgans, die einen solchen Fahnenhalter der Parteierstörung engagiert, um die Reichstagsfraktion vor den Augen der Parteigenossen in der gehässigsten Weise herunterzureißen, entgegenzutreten?

Wenn in dieser Weise mit Hilfe des Zentralorgans die Parteizerrüttung systematisch gefördert wird, dann soll nach Auffassung der „Vorwärts“-Redaktion der Parteivorstand die Dinge gehen lassen, wie sie gehen, der Wählerarbeit der Opposition das Feld überlassen, warten bis zu dem noch in weiter Ferne liegenden Parteitag, um dann vor die aus den Schützengräben heimkehrenden Genossen hinzutreten und zu sagen: „Da habt Ihr die Trümmer der sozialdemokratischen Partei. Wir waschen unsere Hände in Unschuld!“

Nein, Parteigenossen, dreimal nein! Der Parteivorstand hat die Pflicht, dagegen aufzutreten, wenn in dieser Weise Kräfte am Werk sind, die die Partei zu zerrütten.

Als der Parteivorstand gegen die unverantwortlichen Treibereien der „Vorwärts“-Redaktion vorging, handelte er nicht als besondere Aufsichtsinanz für den „Vorwärts“, sondern er handelte kraft der Pflichten, die ihm auf Grund des § 19 des Organisationsstatuts auferlegt sind. Wenn die „Vorwärts“-Redaktion deshalb unter Hinweis auf die §§ 24 und 25 des Organisationsstatuts dem Parteivorstand das formale Recht bestreitet, so zu handeln, ist das unzutreffend. Der Parteivorstand bestreitet entschieden, daß seine Maßnahmen die den Berliner Genossen in bezug auf den „Vorwärts“ zustehenden Rechte beeinträchtigen. Aus seiner allgemeinen Befugnis der Besorgung der Parteigeschäfte erwächst dem Parteivorstand die Verpflichtung, die Vorkehrungen zu treffen, die in dieser ersten Zeit zur Wahrung der Einheit der Partei notwendig sind. Deshalb sind rhetorische Wendungen wie „diktatorische Gewalt“, „terroristische Mittel“, „Zarenukas“, „selbstherrliche Weise“, „Mißbrauch der Amtsgewalt“, „Ankläger, Richter und Strafvolkswirtsbeamter in eigener Sache“, „Verfahren kapitalistischer Zeitungsunternehmer“

ohne sachliche Bedeutung. Diese Vorwürfe haben nicht einmal den Reiz der Neuheit. Sie wurden auch vor zehn Jahren gegen den Parteivorstand erhoben und wurden damals bereits von den jetzigen „Vorwärts“-Redakteuren widerlegt.

Ob der Parteivorstand recht gehandelt hat oder nicht, darüber wird der nächste Parteitag entscheiden. Bis dahin wird der Parteivorstand sich auch durch einen noch so großen Aufwand von Kraftworten nicht darin stören lassen, sein Bestes zu tun, um die Parteieinheit gegen jede Parteischädigung zu verteidigen. Wer die auf Einheit und Geschlossenheit gegründete Kampfkraft der Sozialdemokratie unterleht erhalten will, der wird sich an die Seite des Parteivorstandes stellen.

Denn es besteht wirklich die Gefahr, daß die Arbeiterklasse an einer sozialdemokratischen Partei irre wird, die während eines in der Geschichte aller Zeiten beispiellosen Völkerringens nichts Besseres zu tun hat, als sich selbst zu zerfleischen.

Parteigenossen! Deshalb ist es die höchste Zeit, daß allem das Parteileben vergiftenden Streite ein Ende gemacht wird. Berlin, den 10. April 1916.

Der Parteivorstand.

Zur Abwehr.

In Ihrem Artikel „Vorwärts und Parteivorstand“ der letzten Sonntagnummer beschäftigt sich die „Vorwärts“-Redaktion auch mit meiner Person, und zwar in einer Weise, die mich notgedrungen zur Antwort und zur Richtigstellung zwingt:

Richtig ist, daß ich zu Anfang des Krieges eine andere Stellung zur Kreditfrage eingenommen habe, wie heute; keineswegs aber trifft die Behauptung der Redaktion des „Vorwärts“ zu, bis Mitte Oktober 1914 hätte ich auf ihrer Seite gestanden. Nachdem die Redaktion am Abend des 8. August 1914 erfahren hatte, in der Fraktionsführung sei die Zustimmung zu den geforderten Krediten bewilligt worden, habe ich freilich auf Ersuchen der Redaktion am Vormittag des 4. August zu Hause eine Erklärung der Redaktion zur Kreditabstimmung im Reichstage niedergeschrieben und daß nachmittags mit in die Redaktion gebracht; aber damals handelte es sich noch lediglich um einen Krieg Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegen Rußland, Frankreich und Serbien. Die Beteiligung Englands am Kriege, die englische Aufschlüsselung Japans, das Intrigenspiel Englands mit Belgien waren noch nicht bekannt. Der Krieg erschien noch als ein bloßer Rivalitätskampf zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland um ihre Reichstellung auf dem Balkan. Die Absicht Englands, die Gelegenheit zur Vernichtung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz zu benutzen, war noch nicht von englischer Seite verkündet, der Krieg noch kein Verteidigungskrieg Deutschlands zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftstellung. Sobald England den Krieg erklärt hatte, erhielt jedoch die Kriegslage ein ganz anderes Aussehen — für mich um so mehr, als ich schon jahrelang vorher die Auffassung vertreten hatte, zwischen Deutschland und England werde schließlich infolge ihrer zunehmenden Interessensdivergenz ein Krieg kaum vermeidlich sein.

Diese Bemerkungen sollen durchaus nicht zu meiner Entschuldigung dienen; denn wer, durch spätere Tatsachen belehrt, aus freier Ueberzeugung seine Meinung ändert, hat keine Entschuldigung nötig. Ich habe deshalb auch all den Genossen, die am 4. August 1914 für die Kriegskredite gestimmt haben und jetzt gegen sie eifern, nie einen Vorwurf aus ihrem Meinungswechsel gemacht — vorausgesetzt, daß dieser ohne Rücksicht auf Mandate und Freundschaftsbeziehungen erfolgt ist. Ich selbst habe jedoch gar keinen Meinungswechsel vollzogen, denn die Umstände, unter denen ich die betreffende Erklärung niederschrieb, waren nun nach Englands Hervortreten gar nicht mehr vorhanden.

Ich habe denn auch niemals aus meiner Stellungnahme zu den Kriegskrediten in den ersten Augusttagen 1914 ein Hehl gemacht, sondern selbst wiederholt darauf hingewiesen. So heißt es z. B. in meiner Broschüre „Parteizusammenbruch“, S. 18:

„Freilich, das muß ich offen gestehen, habe ich immer geglaubt, der Kampf zwischen Deutschland und England würde sich um große imperialistische Ziele entspinnen, vielleicht um die Aufteilung der portugiesischen Kolonien und des belgischen Kongostates in Afrika, vielleicht um die finanzielle Beherrschung Vorderasiens. Daß eine Serajewofrage den Anlaß zum Kriege bieten und dieser durch ein mehr als verworrenes Diplomatenspiel (aus gewissen Gründen möchte ich keinen schärferen Ausdruck gebrauchen) eingeleitet werden könnte, habe ich kaum für möglich gehalten und deshalb auch bis wenige Tage vor der Kriegserklärung nicht zu glauben vermocht, daß aus solchem Anlaß es wirklich zum Kriege kommen werde. Ein Kampf dieser Art erschien mir gewissermaßen zunächst als ein gewisses Zwischenspiel im Werden, für das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht durch Bewilligung der Kriegskredite irgendwelche Verantwortung übernehmen dürfte — bis ich dann alsbald immer deutlicher erkannte, daß Englands Vougeoffe diesen Krieg als günstige Gelegenheit zu benutzen gedenkt, schon jetzt die große Abrechnung vorzunehmen, um die sie nach ihrer Ansicht später doch nicht herumkommen würde.“

Es ist denn auch völlig unrichtig, wenn die „Vorwärts“-Redaktion behauptet, ich hätte bis Mitte Oktober 1914 auf dem Boden der Anschauungen der Gesamtedaktion gestanden. Das ist schon deshalb ausgeschlossen, weil zunächst gar keine einheitliche Meinung in der Redaktion bestand, wie denn auch zwei oder drei Redakteure sich gar nicht der Erklärung in allen Zeilen angeschlossen, son-

Der bestimmte Einwendungen gemacht haben. Ich fordere die Redaktion dringend auf, mir irgendeinen Artikel aus dem „Vorwärts“ oder aus einem anderen Parteiblatt zu nennen, in dem ich noch nach Mitte August 1914 in irgendwelcher Form für die Kreditverweigerung eingetreten bin. Wichtig ist vielmehr, daß sich alsbald zwischen uns allerlei Meinungsverschiedenheiten einstellten, besonders in bezug auf Englands Absichten, die mir aber zunächst kein ausreichender Grund schienen, mit meinen früheren Redaktionskollegen zu brechen. Seit 1898 war ich einer der häufigsten Mitarbeiter, seit 1905 politischer Redakteur des „Vorwärts“ gewesen, der an 90 000 Abonnenten gewonnen hatte, da wirft man — das wird jeder verstehen, der jemals in einer Redaktion gesteckt hat — nicht sofort bei Meinungsverschiedenheiten die Platte ins Korn.

Ferner, die Redaktion des „Vorwärts“ wirft mir vor, es sei illoyal von mir gewesen, daß ich meinen Kollegen nicht vorher meine Meinungsänderung mitgeteilt, sondern sie eines Tages aus dem Lager der Mehrheit angegriffen hätte. Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich diesen mehr als seltsamen Vorwurf nicht verstehe. Gemeint kann nur meine Broschüre „Parteiaufgabenbruch“ sein. Diese aber ist im März 1915 erschienen. Wie aber die Redaktion selbst schreibt, hätte ich ihrer Meinung nach nur bis Mitte Oktober 1914 auf ihrer Seite gestanden — meine sogenannte Meinungsänderung war ihr also längst vor Erscheinen der Broschüre bekannt. Wichtig ist allerdings, daß ich der Redaktion nicht vorher formell angezeigt habe, ich würde nächstens eine Broschüre über die Verwirrung in unserer Partei schreiben. Eine solche Verpflichtung vermag ich in keiner Weise anzuerkennen, und zwar um so weniger, als es völlig unwahr ist, wenn die „Vorwärts“-Redaktion behauptet, ich hätte sie angegriffen. In der ganzen Broschüre ist der „Vorwärts“ und seine Haltung nicht ein einziges Mal erwähnt worden, noch ist darin irgendwas etwas gegen jene Abgeordnete gesagt, die gegen die Kriegskredite gestimmt hatten.

Zudem ist es nichts als Selbsttäuschung der „Vorwärts“-Kollegen, wenn sie sich für die „Unentwegten“ halten und meinen, sie hätten damals schon genau dieselbe Stellung eingenommen wie heute. Wer die Nummern des „Vorwärts“ vom August bis November 1914 aufmerksam durchliest, findet darin die sonderbarsten Schwankungen. Die kleine von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegebene Schrift: „Vom Umlernen während des Krieges“ liefert dafür ein überreiches Beweismaterial, das sich noch nach den verschiedensten Seiten hin ergangen ließe. Hier nur eine Probe! Könnten wohl heute noch, wie am 13. August 1914, als Redaktionsmeinung folgende Zeilen im „Vorwärts“ stehen?

„Bebel war weit entfernt von jeder bürgerlichen Friedensschwärmerei, die vor den harten Tatsachen die Augen schloß und verneinte, durch wohlgemeinte Predigten die dem Kapitalismus innewohnenden Gefahren aus der Welt zu wischen zu können. Er war tief durchdrungen von der Ueberzeugung, die auch Marx und Engels immer vertrat, daß die völlige nationale Selbständigkeit und Freiheit, die Befreiung jeglicher nationalen Fremdherrschaft, die unbedingte Sicherung des eigenen Landes vor jeder Invasion eines fremden Eroberers die Grundbedingung für die ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung ist.“

Solche im „Vorwärts“ immer wieder hervorretende Anschauungen ließen mich hoffen, daß nach der Abflauung einer gewissen Kriegsnerosität ein Wiederausarbeiten auf gleichem Boden sehr wohl möglich sein würde. Das war freilich, wie ich heute zugebe, eine Illusion. Schon im November/Dezember 1914 zeigte sich mehr und mehr, daß zwischen unseren Auffassungen doch zu mannigfache Unterschiede vorhanden waren.

Wiel illoyaler verfuhr die „Vorwärts“-Redaktion, indem sie in der „Vorwärts“-Nummer vom 4. April über meine Broschüre eine Rezension brachte, die mit unzulässigen Unterstellungen und Verdächtigungen operierte.

Ebenso unrichtig ist es, wenn die „Vorwärts“-Redaktion behauptet, sie hätte mir nur einen, höchstens zwei Artikel zurückgeschickt. Es sind vier, nämlich einen Artikel zu Ostern 1915, einen Artikel im August 1915 über Englands Kriegswirtschaft, einen Artikel Ende Dezember 1915 über die damalige französische Knielei und einen Artikel Mitte Januar 1916 über Englands Spiel auf dem Balkan. Nun wird vielleicht mancher Genosse sagen: „Ja, was mag Cunow aber auch darin geschrieben haben!“ Wie schon die Thematika zeigen, habe ich, um nicht unnötig einen Streit zu provozieren, absichtlich vermieden, Parteistreitfragen im „Vorwärts“ zu behandeln. Tatsächlich ist es denn auch geradezu kurios, was alles die Redaktion beanstandet hat. So hat z. B. in dem vorjährigen Literaturteil folgende Stelle ihr Bedenken erregt:

„Gewiß, das Ziel des Krieges ist der Friede; aber nicht ein fauler in Waffen starrer Friede, der die Lebenskräfte der Nation aufzehrt, sie nicht zu friedlicher Betätigung ihrer Kräfte kommen läßt, alle in fortwährender Spannung und in steter Befürchtung neuer kriegerischer Bewidlungen hält und die Rückkehr zu einem geordneten, dem Wiederaufbau des zerstörten dienenden Wirtschaftsleben hindert. Erste Friedensbedingung ist die Sicherung der deutschen Nation als eines politisch völlig selbständigen Staatswesens und die Erhaltung der Möglichkeit für das deutsche Volk, seine starken Lebenskräfte frei und ungehindert im friedlichen Wettbewerb der Völker zur kulturellen Entwicklung bringen zu können: eine Forderung, die auch für die deutsche Arbeiterklasse erste Voraussetzung und zugleich Grundbedingung des Erfolges ihrer politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen ist.“

Recht charakteristisch für das schnelle „Umlernen“ der Redaktion!

Am 13. August 1914 hatte der „Vorwärts“ noch Bebel gelobt, weil er die völlige nationale Selbständigkeit und Freiheit, die Befreiung jeglicher nationalen Fremdherrschaft, die unbedingte Sicherung des eigenen Landes erstrebt hatte; Ostern 1915 dünkte es der Redaktion bereits zuviel, auch nur zu verlangen, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gewahrt werden müsse, seine starken Lebenskräfte frei und ungehindert im friedlichen Wettbewerb der Völker zur kulturellen Entwicklung bringen zu können.

Außerdem hat aber die Redaktion des „Vorwärts“ ganz barbarisch in vielen meiner Artikel mit dem Motiv Herumgewirtschaftet, so daß ich wiederholt beim Parteivorstand — leider nutzlos — Protest erheben mußte. Manches mag wohl die militärische Zensur gestrichen haben, anderes aber ließ einfach die noch strengere Zensur der Redaktion oder, wie sie es nennt, ihre „Pflicht“ nicht zu.

Daß ich seit mehr als einem Jahr — meines Wissens seit November 1914 — nicht mehr an den Redaktionskonferenzen teilgenommen habe, gebe ich zu. Aber es waren gute Gründe, die mich dazu bestimmten. Für das zweifelhafteste Vergnügen, mich immer wieder herumzustricken — ohne jede Aussicht, meine Ansicht zur Geltung bringen zu können, habe ich keine Neigung. Vielmehr bin ich in dieser Hinsicht der Ansicht, die Auer auf dem Dresdener Parteitag in die Worte legte: „Das hält ja kein Viech aus!“

Heinrich Cunow.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 10. April 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den gewonnenen Trichterstellungen südlich von St. Oloi wiesen unsere Truppen Wiedereroberungsversuche feindlicher Handgranatenabteilungen restlos ab.

Die Mineenkämpfe zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras haben in den letzten Tagen wieder größere Lebhaftigkeit angenommen.

Auf dem Westufer der Maas wurden Vethincourt und die ebenso stark ausgebaute Stützpunkte „Alsace“ und „Lorraine“ südwestlich davon abgefeuert. Der Gegner suchte sich der Gefahr durch schlüssigen Rückzug zu entziehen, wurde von den Schlesiern aber noch gefaßt und büßte neben schweren blutigen Verlusten hier 14 Offiziere und rund 700 Mann an ungewundeten Gefangenen, 2 Geschütze und 13 Maschinen-gewehre ein. Gleichzeitig räumten wir uns unbedeutsame feindliche Anlagen, Blockhäuser und Unterstände an verschiedenen Stellen der Front aus, so dicht nördlich des Dorfes Avocourt und südlich des Rabenwaldes. Auch bei diesen Einzelunternehmungen gelang es, die Franzosen ernstlich zu schädigen; an Gefangenen verloren sie außerdem mehrere Offiziere, 276 Mann.

Rechts der Maas wurde in ähnlicher Weise eine Schlacht am Südwestrande des Pfefferrückens geführt. 4 Offiziere, 184 Mann und Material blieben in unseren Händen. Weiter östlich und in der Doebre fanden lediglich Artilleriekämpfe statt.

Im Luftkampf wurde südlich von Damloup und nordöstlich von Chateau-Salus je ein französisches Flugzeug abgeschossen. Die Insassen des ersteren sind tot. Je ein feindliches Flugzeug wurde im Absturz in das Dorf Loos und in den Gaillette-Wald beobachtet.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 10. April. (W. Z. V.) Amlich wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen hielt die feindliche Artillerie die Ortshäuser hinter unserer Front unter Feuer. Ein Caproni-Flugzeug wurde bei seiner Landung nächst Luclino durch unser Geschützfeuer vernichtet.

An der übrigen Front dauern die gewöhnlichen Artilleriekämpfe fort. Im Seganatal schossen die Italiener Caldonazzo in Brand. Auf Riva warfen feindliche Flieger Bomben ab. An der Bonalestraße gelang es dem Gegner, sich in einigen vorgeschobenen Gräben südlich Sperone festzusetzen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Döberer, Feldmarschalleutnant.

Wir bekanken uns vor, auf die heutige Erwiderung des Parteivorstandes mit einigen Worten zurückzukommen. Wir haben keine Ursache, von unseren Darlegungen in der Sonntagsnummer etwas zurückzunehmen.

Zur Erwiderung der „Abwehr“ Cunow's sei folgendes gesagt:

Die Redaktionserklärung zur Kreditabstimmung ist zwar bereits am 4. August vom Kollegen Cunow verfaßt worden. Sie wurde aber erst mehrere Tage später endgültig formuliert und von sämtlichen Kollegen einzeln unterzeichnet, d. h. zu einer Zeit, als die Kriegserklärung Englands bereits vorlag. Wenn also nach Cunow's Auffassung die ganze Kriegslage durch die Beteiligung Englands ein ganz anderes Aussehen erfuhr, dann hätte Genosse Cunow ja schon damals seine Unterschrift verweigern können oder müssen. Tatsächlich hat aber Genosse Cunow, wie er selbst zugibt, noch einige Monate lang danach die Auffassung der Redaktion im wesentlichen für berechtigt gehalten. Die erwähnte Erklärung geht ja auch von einer allgemeinen Auffassung über den Charakter dieses Krieges aus, der durch das Eingreifen Englands nur noch deutlicher geworden, aber keineswegs geändert worden ist. Die Uebereinstimmung Cunow's mit der Redaktion bezog sich also nicht allein auf die Kreditfrage, sondern auf die gesamte Auffassung über den Charakter des Krieges und über die Aufgaben der Arbeiterklasse im Kriege.

Wenn nun Genosse Cunow weiter behauptet, daß in der Redaktion selbst keine einheitliche Meinung bestand, so hat er darin recht und unrecht. Alle Kollegen waren im August 1914 mit der Fraktionshaltung nicht einverstanden, wobei zwei oder drei Kollegen in ihrer Begründung dieser Kritik von den übrigen Redaktionskollegen etwas abwichen. Einzig Genosse Cunow ist inzwischen zu einem der Wortführer der Fraktionspolitik geworden. Auch jetzt denken die Redaktionskollegen keineswegs uniform über alle wichtigen politischen Fragen; was natürlich nicht ausschließt, daß ihre kritische Haltung gegenüber der Politik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes nach wie vor weiter besteht.

Wenn Genosse Cunow uns in diesem Zusammenhang dringend „auffordert“, ihm irgendeinen Artikel aus irgendeinem Parteiblatt zu nennen, in dem er für die Kreditverweigerung eingetreten ist, so können wir diese Forderung nur als naiv bezeichnen. In keinem Parteiblatt hat aus den Gründen, die auch die Veröffentlichung der von Cunow verfaßten und unterzeichneten Erklärung verhinderten, in den ersten Kriegsmontaten irgendein Artikel für die Kreditverweigerung erscheinen können. Als das möglich wurde, war Cunow bereits ins Lager der Fraktionsmehrheit eingeschwenkt.

Genosse Cunow kann es sich bei dieser Gelegenheit nicht verfangen, mit den von der Generalkommission beliebten Mitteln auf einige „Unstimmigkeiten“ in der Redaktionsführung während der ersten Kriegsmontate hinzuweisen. Genosse Cunow weiß dabei aus seiner eigenen Redaktionspraxis nur zu gut, daß gerade bei kollegialer Redaktionsgewohnheit Nuancierungen sonst gleicher Anschauungen vorkommen. Dabei wollen wir es ganz unerörtert lassen, ob nicht auch heute noch die von ihm zitierten Sätze von der Redaktion gebilligt werden. Cunow verläßt sich übrigens bei seinem Zitat zu sehr auf den Esherenhelden der Generalkommission, denn gleich nach den von ihm erwähnten Sätzen heißt es:

„Nicht wehrlos wollte er (Bebel) sein Volk machen, sondern wehrhaft und stark durch eine demokratische Verfassungsverfassung, die die Verfügung über eine Waffenmacht dem Volke selbst gibt.“

Der Artikel zum Gedächtnis Bebels will also (in der unter Zensurverhältnissen notwendigen Form!) etwas ganz anderes sagen, als Cunow hineinlegt.

Es gibt jedenfalls ein ganz falsches Bild von der Stellung Cunow's zur Gesamtkommission, wenn er behauptet, daß zwischen seinen und unseren Auffassungen von Anfang an mannigfache Unterschiede vorhanden waren. Solche Unterschiede sind erst dadurch entstanden, daß Genosse Cunow seine Anschauungen mehr und mehr geändert hat. Zu irgendwelchen Auseinandersetzungen — Genosse Cunow spricht sogar von Herumstreiten — ist es innerhalb der Redaktion mit dem Genossen Cunow gar nicht gekommen. Cunow hat, so lange er an den Redaktionskonferenzen überhaupt teilnahm, nie als Widerspruch gegen die Gesamthaltung der Redaktion erhoben. Erst einige Monate, nachdem er unseren Konferenzen völlig fern geblieben war, erfuhr man auf Umwegen (durch eine Äußerung des Genossen Schulz in einer Parteiausschuss-Sitzung) von Cunow's veränderter Haltung. Genosse Cunow hat sich also nie m a l s das „zweifelhafteste Vergnügen“ geleistet, mit uns herumzustricken. Und es ist einfach unwahr, daß er endlich mihmutig diesen nutzlosen Auseinandersetzungen ferngeblieben sei.

Nur im Vorübergehen wollen wir es zurückweisen, daß eine in unseren Spalten erschienene Rezension eines Mitarbeiters Entstellungen oder Verdächtigungen enthalten habe.

Ob dem Genossen Cunow zwei oder vier Artikel zurückgeschickt worden sind innerhalb eines Zeitraums von fast zwei Jahren, darüber zu streiten, überlassen wir dem Genossen Cunow. Es mag sein, daß neben den beiden Artikeln, die wir ihm wegen der darin enthaltenen Anschauungen zurückgaben, noch ein bis zwei Artikel aus anderen Gründen (Raummangel, Behandlung einer bereits erörterten Frage) nicht abgedruckt werden konnten. Einer der von Cunow genannten Artikel wurde übrigens von der Zensur so stark zurechtgerichtet, daß ein Abdruck sich nicht lohnte. Auch die sonst von Cunow gerügten Streichungen rühren nur in den allersehrsten Fällen von der Redaktion her. Aber Genosse Cunow hat sich bis heute noch nicht der Mühe unterzogen, sich unsere Zensurakten durchzusehen. Und so wiederholt er wiederum seine leichtfertige Behauptung, die Redaktion habe „barbarisch“ in seinen Artikeln herumgewirtschaftet; manches mag wohl die militärische Zensur gestrichen haben, ohne die Verhältnisse zu kennen, oder auch nur versucht zu haben, sie zu prüfen. Der Parteivorstand hat denn auch Cunow's wirklich nutzlosen Protest erst gar nicht der Redaktion oder der Redaktionskommission übermittelt. Nur gelegentlich sind die Beschwerden Cunow's von einem Parteivorstandsmittglied gestreift und von einem Redaktionsmitglied sofort zurückgewiesen worden.

Daß wir den Dierartikel Cunow's nicht gedruckt haben, wird Jeder verstehen, der den Artikel ganz gelesen hat. Denn in ihm fand sich nicht nur die von Cunow zitierte Stelle, sondern der ganze Artikel war in prononzierter Form gegen den Abschluß eines „vorzeitigen Friedens“ gerichtet mit Argumenten, wie sie etwa täglich in der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Post“ zu lesen sind. Aber selbst die größte kollegiale Rücksicht verpflichtet uns schließlich nicht dazu, auch den letzten Rest des Unterschieds zwischen einem sozialistischen und einem bürgerlichen Blatt auszulöschen.

Eine kleine Anfrage.

Vor einiger Zeit verbreitete Genosse Scheidemann einige angebliche Äußerungen Sembats, die die Minderheit der Fraktion hochstellen sollten. So wichtig erschienen ihm diese Äußerungen, daß er sie in der „Badei“ nicht nur fett druckte, sondern noch mit einer Randleiste von sieben schwarzen Händen versch, die mit ihren düstern Fingern den Leser eindringlich auf diese schlagenden Worte hinwies. Von Bernstein und mir im „Vorwärts“ befragt, wer denn sein Gewährsmann für diese von der „Humanität“ bestrittenen Äußerungen sei, entgegnete Scheidemann mit einer Erklärung, die sehr wortreich war, aber mit keinem Worte unsere Frage beantwortete. Wir wußten bis heute noch nicht, wer sich für die Richtigkeit der Sembatschen Worte verbürgt.

Trotz dieser Erfahrung versuche ich es heute mit einer neuen Anfrage. In seiner Reichstagsrede vom 6. April berief sich Scheidemann auf einen Brief, den nach seinen Angaben Jaurès zwei Tage vor seinem Tode an Vandervelde nach Belgien gerichtet hat. Als Quelle gab Scheidemann die „Braunschweigische Landeszeitung“ an. Außer dieser hatte ihn auch die „Post“ gebracht. Bedeutung erhielt er dadurch, daß er jetzt auf der Reichstagstribüne zitiert wurde. Jaurès soll unter anderem geschrieben haben:

„Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht die serbische Sache als eine russische ansieht. In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. (Groll hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber man sucht diesen Krieg, den man schon lange führte... Suchen Sie in Ihrem Wirkungsbereich jede Steigerung des Kriegswahnsins zu dämmen... Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes und weil die Wägen in London und Paris auf Petersburg schwören.“ (Lebhaft! Ruhe! hört! — Bewegung.)

Hier wird also Jaurès' Geist zitiert zum Beweise dafür, daß in Frankreich und England und sogar in Belgien damals der „Kriegswahnsinn“ geschürt wurde, und daß man dort den Krieg wollte, um einem krankhaften Ehrgeiz zu frönen.

Bisher konnte man den Brief als eines der vielen Zeitungs-kuriosa betrachten, die der Krieg erzeugt. Das ist jetzt anders geworden nach der Bewegung, die er im Reichstag hervorrief. Scheidemann fuhr fort:

„Meine Herren, ich habe keine Ursache, daran zu zweifeln, daß das Schriftstück echt ist.“ Es ist ganz der Geist Jaurès', der daraus spricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So heißt es in dem stenographischen Bericht, der wohl dem Redner in der Korrektur vorlag. In dem Bericht, der der Presse zuging, hieß es:

„Dies Schriftstück ist zweifellos echt“ usw. Zufälligerweise war ich in der Lage, mit Jaurès zu jener Zeit selbst zu sprechen, ich bedurfte nicht der „Braunschweiger Landeszeitung“, um mich über seinen Geist zu informieren. Was aber der wirkliche Jaurès damals sagte, war das genaue Gegenteil dessen, was sein Braunschweiger Geist auslag.

Vielleicht wird Scheidemann mein persönliches Zeugnis nicht gelten lassen wollen. So weise ich ihn auf die Rede hin, die Jaurès in einer öffentlichen Versammlung in Brüssel am 29. Juli 1914 hielt, und über die im Brüsseler „Peuple“ und der Pariser „Humanität“ vom 30. Juli berichtet wurde. Eben jetzt werden die entscheidenden

Stellen daraus in dem Werkhollen 8. Heft des 6. Jahrgangs des Grünberg'schen Archivs für die Geschichte des Sozialismus im Wortlaut abgedruckt (S. 408). Danach sagte Jaurès, nachdem er „die Diplomatie, speziell Oesterreichs und Deutschlands, kritisiert“, folgendes:

„Wir französischen Sozialisten haben eine einfache Aufgabe: Wir brauchen unserer Regierung keine Politik des Friedens aufzuzwingen, denn sie übt bereits diese Politik. Ich, der ich niemals davor zurückschrecke, auf mein Haupt durch meinen hartnäckigen Willen den Haß der Chauvinisten zu lenken, ich, der ich mit dem Streben nach der deutsch-französischen Annäherung nie aufhören werde, ich habe das Recht zu sagen, daß in dieser Stunde die französische Regierung den Frieden will und für den Frieden arbeitet. Die französische Regierung ist der beste Friedensalliierte der bewundernswürdigen englischen Regierung, die die Initiative zur Verständigung ergriffen hat. Und sie erteilt Rußland Ratschläge im Sinne der Klugheit und Gerechtigkeit.“

Dieses Dokument, Genosse Scheidemann, ist „zweifelloser echt“. „Es ist ganz der Geist Jaurès, der daraus spricht.“ Es ist aber völlig unvereinbar mit dem, was der glückliche Brief Jaurès sagen läßt.

Nach mehr. Jene Rede sagt nicht nur das Gegenteil dessen, was der Brief sagt, sie wurde auch, in Gegenwart Vanderveldes, in Brüssel gerade zu der Zeit gehalten, die Scheidemann nach dem Parlamentsbericht als die Abschaffung des Briefes an Vandervelde bezeichnete: zwei Tage vor Jaurès' Tode.

Die „Drauschweizische Landeszeitung“ selbst gibt als das Datum den 30. Juli an, aber auch noch an dem Tage war Jaurès mit Vandervelde in Brüssel versammelt, wo ich sie beide miteinander sah und sprach und Abschied von ihnen nahm.

Diese Tatsachen weisen mit zwingender Gewalt darauf hin, den Brief als freche Fälschung zu betrachten, und die Motive, die zur Fälschung führten, sind sehr durchsichtig. Sie werden deutlich durch die Bewegung, die die Verlesung des Briefes hervorrief. Angesichts der großen Bedeutung, die Jaurès für uns alle hat, erscheint es mir daher bringen geboten, daß Genosse Scheidemann uns darüber aufklärt, worauf seine Uebersetzung beruht, daß „dieses Schriftstück echt ist“. Er scheint für französische Biata eine Leichtgläubigkeit zu entwickeln, die heutzutage geradezu verhängnisvoll werden kann.

R. Kautsky.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Westlich von der Maas schwache Artillerietätigkeit während der Nacht. Westlich von der Maas machten wir einige Fortschritte in den Verbindungsgängen südlich von Dorfe Douaumont und nahmen südwestlich davon ungefähr hundertfünfzig Meter feindlicher Schützengräben. Zwei deutsche Granatengriffe gegen unsere Stellungen im Colletwald wurden zurückgeschlagen. In der Woivre war die Nacht verhältnismäßig ruhig. In Lothringen wurde der Versuch eines feindlichen Handstreiches gegen unsere Schanzwerke in der Gegend von Embervent völlig zum Scheitern gebracht. Der Feind erlitt einige Verluste. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Paris, 10. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. In den Argonnen richtete unsere Artillerie konzentrische Feuer auf die Verbindungsweg des Feindes. Unsere schweren Batterien beschossen, während in einem Nebenabschnitt Operationen im Gange waren, wichtige Truppenansammlungen und marschierende Kolonnen in der Gegend von Roncourt—Rantillon. Bei der Höhe 285 brachten wir eine Mine zur Explosion, wodurch wir einen feindlichen Graben auf einer ziemlich großen Breite verfallenen und einen kleinen feindlichen Posten zerstörten. Westlich der Maas fand während des ganzen Tages eine heftige Schlacht statt, die auf unserer gesamten Front zwischen Avocourt und Cumières gellebte wurde und sich sogar bis auf das rechte Maasufer erstreckte. Die planmäßige Räumung des vorpringenden Winkels von Véhincourt in der vergangenen Nacht hatte uns gestattet, eine geschlossene Linie zu bilden, die von dem Reduit von Avocourt ausgeht, den ersten bewaldeten Abhängen westlich der Höhe 304 entlang führt und sich unserer Stellungen etwas südlich der Kreuzung der Straßen Véhincourt—Ésnes und Véhincourt—Chatoncourt anschließt. Diese ganze Linie, die vom Feinde heftig angegriffen wurde, hat den wütendsten Anstürmen standgehalten. Auf der Front Toter Mann—Cumières hat die deutsche Offensive einen blutigen Mißerfolg erlitten. Die feindlichen Sturmkolonnen, die in dichten Reihen aus dem Cumièreswalde hervorbrachen, wurden unter unser Maschinengewehr- und Artilleriefeuer genommen und unter Zurücklassung von zahlreichen Verwunden auf dem Gelände gestreut. Sämtliche gegen den Toten Mann gerichteten Angriffversuche wurden ebenfalls mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Eine zur gleichen Zeit unternommene Angriffsoperation des Feindes gegen unsere Stellungen von dem Wald von Avocourt bis zum Förgeschade stieß auf den hartnäckigen Widerstand unserer Truppen, die den Feind überall zurückschlugen. Endlich war es einem auf eine unserer nordöstlich des Dorfes Avocourt, am südlichen Rande des Waldes gelegenen Werke gerichteten Angriffe gelungen, während eines Augenblickes in unseren Gräben Fuß zu fassen. Unser Gegenangriff warf den Feind sofort wieder hinaus. Westlich der Maas sehr große Artillerietätigkeit gegen unsere Anlagen auf dem Pfefferbügel und in der Gegend von Douaumont und Raug, sowie gegen die Gesamtheit unserer zweiten Linie. Durch unser Sperrfeuer angehalten, kamen feindliche Infanterieangriffe nicht zur Entwidlung. In der Woivre zeitweilige Beschließung.

Belgischer Bericht: Auf der Front der belgischen Armee herrschte große Artillerietätigkeit, namentlich in der Gegend von Dismuiden. Bei Steenstraete Handgranatentkampf.

Die englische Meldung.

London, 10. April. (B. L. V.) Amtlicher Deserbericht. Ein Holzerflugzeug landete gestern in unseren Linien. Der Führer wurde unversehrt gefangen genommen. Erste Artillerietätigkeit bei Reubille—St. Vaast, Souchez, Dohenzollernwerk, Dainnes und Wybaerte. Der Feind ließ im Hohenzollernabschnitt eine Mine hochgehen. Wir haben bei St. Eloi einen beträchtlichen Teil des am 27. März gewonnenen Bodens gehalten mit Einschluß von drei der vier Minenrichter.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 10. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag. Westfront. Im Abschnitt von Riga beschloß der Feind den Heden Schloß.

Im Abschnitt von Jakobstadt lebhafter Feuerwechsel.

Im Abschnitt von Düna wurden die Deutschen bei einem unserer Laufgräben eine Mine springen.

An mehreren Orten überflogen deutsche Flieger die Düna und warfen Bomben ab.

Unsere Flieger führten einige erfolgreiche Flüge aus. Ein Luftschiff vom Typ Murawiez stieg in der Gegend von Riga auf und warf Bomben auf die feindlichen Unterstände.

Im Abschnitt gegenüber von Postaw und nördlich des Karocz-Sees heftiger Feuerkampf. Hierbei versuchten die Deutschen nach

der Beschließung sich unseren Gräben zu nähern, wurden aber abgewiesen. Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden. Kaukasusfront. In der Küstengegend griffen die Türken dreimal ohne Erfolg unsere Truppen, die sich auf dem rechten Ufer des Karadere verchanzt haben, an. Am Flußbett des oberen Tichorol gingen unsere Truppen weiter vor.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht. Artilleriekämpfe von großer Heftigkeit im Gebiete des oberen Astico-tales, an dem Frontabschnitt zwischen dem oberen Eut und oberem Doganotal, sowie auf den Höhen nordwestlich von Görz. Weitere Nachrichten über den Erfolg unserer Waffen im Gebiete zwischen dem Arzli Brö und dem Bodil besagen: Wir nahmen dem Feinde 131 Gefangene, darunter fünf Offiziere ab. Der Feind gedachte uns zu überraschen und warf seine Angriffstruppen in dichten Massen gegen uns. Er erlitt sehr schwere Verluste. Auf dem Karst besaßen unsere Artillerie Kolonnen, die auf der Straße von Costanzjevica nach Dypachivella marschierten. Es ist festgestellt, daß bei dem Bombardement von Opicina durch eines unserer leuchtenden Luftschiffe, in der Nacht auf den 2. April große Lebensmittellager in Brand gesteckt und die Eisenbahnkreuzung verunstaltet worden ist.

Cadorna. Rom, 10. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht. Ränge der ganzen Front Artillerietätigkeit. Auf dem Arzli Brö gingen in der Nacht zum 9. April starke feindliche Abteilungen gegen unsere Linien vor, gegen welche sie schwere Bomben warfen. Die Unserigen vertieften ihre Gräben und warfen den Gegner nach heftigem Kampfe zurück. Am Fionzo schoß die feindliche Artillerie auf den Bahnhof von Cormons und die benachbarten Häuser, jedoch ohne Verluste und Beschädigungen herbeizuführen. In der letzten Nacht flog ein unserer Lenkluftschiffe über die Befestigungsgruppe von Riba und warf dort vierzig Bomben auf Befestigungswerke, Eisenbahnanlagen und militärische Gebäude; der Erfolg dieser Werfer war erkennbar sehr wirksam. Das Luftschiff wurde vom Feinde entdeckt und durch Scheinwerfer und Raketen beleuchtet und erhielt heftiges Artillerie- und Infanteriefeuer, letztere aber unbeschädigt in unsere Linien zurück.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 9. April. (B. L. V.) Amtlicher Bericht. An der Front keine Veränderung. Unser Artilleriefeuer beschädigte ein feindliches Kanonenboot und verursachte auf ihm eine Explosion. Das Boot wurde von einem Motorboot nach Osten abgeschleppt. Westlich von Korna fand ein Zusammenstoß mit feindlichen Vorposten statt. Von den Engländern wurden fünf Mann getötet, ein Offizier verwundet. Wir zerstörten telephonische Anlagen des Feindes in dieser Gegend.

An der Kaukasusfront keine Unternehmung von Bedeutung. Am 8. April näherte sich ein feindlicher Kreuzer Kestikli Liman und gab einige Schüsse ab. Das Gegenfeuer unserer Artillerie zwang ihn sich zurückzuziehen. Zwei feindliche Flieger erschienen über der Halbinsel Gallipoli, entflohen aber beim Aufsteigen unseres Kampfflugzeuges gegen Imbros.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 10. April. (B. L. V.) Das Kriegsamt teilt mit: Die General Staff berichtet, machen die Vorbereitungen des Generals Gorringe, um die Stellung von Sannahal anzugreifen, gute Fortschritte, obwohl die Ueberschwemmung die Front, auf welche der Angriff stattfinden kann, verkürzt hat. Das Wetter hat sich gebessert und war während der letzten zwei Tage schön. Der Fluß ist seit 7. März nicht gestiegen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 10. April. (B. L. V.) „Lloyds“ meldet, daß der britische Dampfer „Sillsworth Hall“ (4777 Tonnen) versenkt wurde. Der Kapitän und 80 Mann wurden gerettet.

Der Dampfer „Glenalmond“ (2888 Tonnen) wurde ebenfalls versenkt. Die Besatzung wurde gerettet. Beide Schiffe waren unbewaffnet.

Malta, 9. April. (B. L. V.) Neutermeldung. Der britische unbewaffnete Dampfer „Yonne“, früher „Tasfala“, wurde versenkt. Die aus 40 Mann bestehende Besatzung wurde gerettet.

London, 10. April. (B. L. V.) „Lloyds“ meldet: Der unbewaffnete Dampfer „Caster City“ wurde versenkt.

Angebliche Verpflegungsstellen für deutsche U-Boote auf Korfu.

Paris, 9. April. (B. L. V.) Die griechische Gesandtschaft in Paris stellt amtlich in Abrede, daß in Korfu weit verzweigte Anlagen zur Verpflegung und Verpflegung deutscher Unterseeboote entdeckt worden seien, ebenso daß vier Stützpunkte für Unterseeboote auf anderen Inseln vorgefunden worden seien. Die königliche Regierung weist darauf hin, daß sie von den Gesandtschaften des Verbandes Mitteilung darüber erdeten habe, ob Venzinlager und Stützpunkte für Unterseeboote entdeckt worden seien, und daß sie jedesmal eine Untersuchung angeordnet habe wenn genügende Anzeichen für die Möglichkeit einer solchen Entdeckung vorhanden waren.

Englands Druck auf die Neutralen.

Kopenhagen, 10. April. (B. L. V.) „National Tidende“ meldet aus Christiansand: Die hiesige Dampfschiffahrtsgesellschaft erhielt von England die Mitteilung, daß England ihr für Fahrten nach Frederikshavn keine Kohlen mehr liefern werde, wenn sie nicht Bürgschaft dafür leisten, daß die Kohlen nicht weiter nach Deutschland ausgeführt werden. Die Christiansandlinie muß also demnächst ihren Betrieb einstellen, falls sie nicht anderwärts Kohle erhalten kann.

Der Nationalrat der französischen Partei.

Paris, 9. April. (B. L. V.) Meldung der Agence Havas. Der Nationalkongreß der französischen Sektion der Sozialistischen Partei, der einberufen ist, um hauptsächlich die internationalen Beziehungen mit den Parteien des Auslandes zu besprechen, hielt heute zwei geheime Sitzungen ab, denen die Minister Sembat und Guesde sowie Unterstaatssekretär Thomas bewohnten.

Eine Protestaktion englischer Frauen.

Rotterdam, 10. April. (B. L. V.) Der Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Eine Versammlung des Verbandes für das Frauenwahlrecht wurde gestern auf dem Trafalgar-Square unter Leitung von Sylvia Pankhurst abgehalten, um gegen die Reichsverteidigungsgesetze, das Munitionsgesetz

und das Kriegspflichtgesetz zu protestieren. Die Versammlung wurde von einem Mob gesprengt, der die Resolutionsfäule stürzte und die Frauen vertrieb.

Die englische Einkommensteuer.

Kein Staat hat mit so rücksichtsloser Energie die Besitzenden zu Beiträgen für die Kriegskosten verpflichtet als England. Darum interessiert auch seine Besteuerung der Kriegsgewinne und das um so mehr, als der Steuerfuß für das Etatsjahr April 1916/März 1917 von 50 auf 60 Proz. erhöht werden soll. England verzichtet bei der Besteuerung des Kriegsgewinns auf eine Staffelmeng. Es hat einen einzigen unabänderlichen Satz von 50 bzw. 60 Proz. auf alle Kriegsgewinne.

Das sozialdemokratische Steuerprogramm verlangt zwar Staffelmeng nach Leistungsfähigkeit. Die reguläre englische Einkommensteuer erfüllt auch diese Forderung. Nicht gestaffelt ist aber die Besteuerung des Kriegsgewinns. Ob das zweckmäßig ist oder nicht, bleibt strittig. Es ließe sich wohl eine Staffel denken, die sehr hoch beginnt und auch den höchsten Satz erreicht.

In England beschneidet eine bürgerliche Regierung brutal den Unternehmergewinn, in Deutschland plädieren Sozialdemokraten von der Art Gumows für Akkumulationsfreiheit und härmten sich um — das Kapital!

Die englische Kriegsgewinnsteuer trifft den Kriegsgewinn, nicht wie die deutsche den Vermögenszuwachs. Dagegen ist der Kreis der Steuerpflichtigen enger. Dem Gelehe unterliegen nur Handels- und Gewerbeunternehmungen einschließlich der Vermittler, aber ausschließlich der Landwirtschaft, der dienlichen Tätigkeit und der Berufe, bei denen der Gewinn vorzüglich von der persönlichen Tätigkeit der ihn ausübenden Personen abhängt und der keinen oder nur einen geringen Kapitalaufwand verlangt.

Wer noch in einem späteren Rechnungsabschnitt nach dem 4. August 1914 weniger als in einem früheren verdient oder Verluste erleidet, kann sich soviel von seiner Steuer absetzen oder zurückzahlen lassen, daß der Gesamtertrag seinem Gewinn und Verlust entspricht. Ebenso kann ein Gewinn steuerfrei zur Deduktion von Verlusten während der letzten drei Friedensjahre verwendet werden. Das englische Gesetz erzielt also die nachhaltige Leistungsfähigkeit und schont die schwachen Betriebe, obwohl es das Reinkommen, nicht den Vermögenszuwachs, zum Steuerobjekt nimmt. Sein großer Vorteil zu dem deutschen Steuertypus besteht in der Verklärung der Bemessungsgrundlage, wodurch Steuerdefraudationen erschwert und die übrigen schwereren Mißstände der Besteuerung des Vermögenszuwachses vermieden werden.

Die französische Arbeiterpresse zu den Lohnkämpfen in England.

Während die Lebenshaltung sich um 48 Proz. verteuert hat, heißt es in einem Londoner Brief der „Bataille“ vom 31. 3., sind die Löhne nur um 10 Proz. gestiegen. Dies Mißverhältnis mußte zu einer Arbeiterkrise führen. Es handelt sich nicht um örtliche Lohnstreikigkeiten, die man scherzhaft als unpatriotisch darstellt, sondern gleichzeitig drohen die Bergarbeiter von Wales, die Transportarbeiter vom Mersey und die Industriearbeiter an Clyde mit der Arbeitseinstellung oder haben sie schon begonnen. Zwischen den Gruppen besteht keine Verbindung, sondern jede handelt selbstständig unter dem Druck der Teuerung. Die Lage ist sehr ernst, und die Regierung wendet ihr die gebührende Aufmerksamkeit zu. Es war die Pflicht der Arbeitgeber, einen Teil ihrer hohen Gewinne zu opfern, sie durften nicht abwarten, bis die Arbeiter in eine Notlage gerieten, die von ihnen nicht gelugnet wird. Aber wie überall zog nur die eine Seite Vorteil aus der „heiligen Einigkeit“.

Sperrung der russisch-rumänischen Grenze.

Bukarest, 9. April. (T. U.) Die russische Regierung beschloß, die Grenzen nach Rumänien abzusperren und die Durchfuhr aller Waren zu verbieten. Diese Maßnahme erfolgte, nachdem das russische Kriegsministerium bereits die Ausfuhrzertifikate für Industrieartikel nach Rumänien erteilt hatte. Nach dem Abschluß des Getreidegeschäftes mit den Zentralmächten wurde die Ausfuhr bereits zum Versand bereitstehender Waren ganz plötzlich verboten. Die rumänische Kommission, welche zwecks Ankauf von Pferden in Rußland weilte, kehrte heim. Außerdem wird noch gemeldet, daß nach der Pariser Konferenz auch England den Warentransport nach Rumänien, der über Rußland erfolgte, einstellte.

Budapest, 9. April. (T. U.) „Az Est“ meldet aus Bukarest: Das russische Ausfuhrverbot bezieht sich nicht nur auf russische Produkte, sondern auch auf alle Waren, welche aus den Entente Staaten und den neutralen Ländern stammen und über Rußland transportiert wurden. Diese Verfügung, welche auf einen Beschluß der Pariser Konferenz hin erfolgte, wird in Bukarest maßgebenden Kreisen als Spreßungsmaßnahme hingestellt und als größtes Ereignis der letzten vier Monate gewertet. Nachdem zwischen Bulgarien und Rumänien die Vereinbarung getroffen wurde, daß die in Saloniki befindlichen rumänischen Waren für Rumänien durchgelassen werden und die in Rumänien befindlichen an Bulgarien zur Auslieferung kommen, hat plötzlich das englische Kommando in Saloniki die Anordnung getroffen, daß rumänische Waren zurückgehalten werden müssen. Beide Beschlüsse bilden unzweifelhaft eine Maßregel dafür, daß Rumänien mit den Zentralmächten eine Vereinbarung wegen der Getreide- und Petroleumlieferung getroffen hat. Es ist aber vorauszusetzen, daß dieser Druck der Entente in Rumänien wirkungslos bleiben wird, weil Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht nur die Durchfuhr der aus neutralen Ländern stammenden Waren gestatten, sondern beide Staaten liefern auch gern überflüssige Materialien und Waren an Rumänien. Die Entente wird sich sehr täuschen, wenn sie glaubt, daß Rumänien durch dieses Spreßungsmandat sich an ihre Seite stellen wird.

Die spanischen Wahlen.

Paris, 10. April. (B. L. V.) Wie die Blätter aus Madrid melden, verließen die Wahlen im Lande in voller Ruhe. In Madrid wurden fünf Monarchisten und drei Republikaner, in Barcelona sechs Regionalisten gewählt. Verzug und einer seiner Parteigänger drangen durch. Nach Meldungen aus der Provinz sind die Kandidaten von der Richtung Romanones mit großer Majorität gewählt worden.

Panamerikanische Handelsmarine.

Paris, 9. April. (B. L. V.) Laut Meldung des „Temps“ aus Rio de Janeiro erklärte sich der amerikanische Schiffssekretär Mc Abdo auf dem panamerikanischen Kongreß für schnelle Schaffung einer panamerikanischen Handelsmarine, um die Sicherheit der Schifffahrt sowie der wirtschaftlichen Interessen der amerikanischen Staaten zu gewährleisten.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die deutsche Sommerzeit und die Handelsgestellten.

Bekanntlich soll mit dem 1. Mai d. J. durch Verordnung des Bundesrats die Früherlegung der Tageszeit für die fünf Sommermonate bis einschließlich September um eine Stunde durchgeführt werden. Neben der Erparnis an Rohstoffen und Erzeugnissen für Beleuchtungs- und Heizzwecke wird als besonderer Vorteil dieser Verordnung die Tatsache gerühmt, daß die städtische Bevölkerung durch die neue Zeiteinteilung eine Stunde des Sonnenlichts geschenkt erhält, die infolge der alten Zeiteinteilung der überwiegenden Mehrheit der Großstadtbevölkerung verloren ging, weil sie diese verlor und dafür eine Stunde der Dunkelheit eintrat. Inwieweit läßt sich wohl gegen die Neueinteilung nichts Bedenkliches einwenden, dagegen muß es zum Widerspruch herausfordern, wenn aus der neuen Zeiteinteilung eine soziale Erzeugnisse für die Handelsgestellten hergeleitet wird, wie dies in der Abendausgabe des „Berliner Tageblatt“ vom 7. April geschieht. — Wir beschränken, daß für einen erheblichen Teil der Handelsgestellten viel eher ein Nachteil als ein Vorteil herauszuheben ist. Denn, wenn nach dem 1. Mai bei Ladenschluß noch Tageshelle herrscht, so wird mancher Geschäftsinhaber finden, daß diese oder jene Arbeit noch gut erledigt werden kann, zumal ja der Ladenschluß nicht identisch ist mit Geschäftsschluß. Der „letzte Sonnenchein“, der den Angestellten auf ihrem Erholungsurlaub in der „freien Natur“ (wenn denn, etwa in der Zeit von 8½ bis 10 Uhr abends) leuchten soll, wird dann wohl bereits verschwunden sein. — Wenn aber der „Inhaber eines Warenhauses“ und der „Leiter eines großen kaufmännischen Verbandes“ in der Tat so besorgt sind um die sehr sehr notwendige gesundheitliche Erholung der Handelsgestellten, dann sollten sie dafür eintreten, daß mindestens während der Sommerzeit die Geschäfte abends um 7 Uhr geschlossen werden, damit die Handelsgestellten einige Abendstunden zur Erholung zur Verfügung haben und es ihnen wirklich möglich ist, wenn auch nur für kurze Zeit die freie Natur aufzusuchen. Die Handelsgestellten werden sehen, wie sich die Geschäftsinhaber dazu verhalten, wenn die Handelsgestellten eine dahingehende Forderung stellen, und bei dieser Gelegenheit wird es sich ja auch zeigen, wie weit das soziale Verständnis der Geschäftsinhaber für die Wünsche der Handelsgestellten geht. — Die Handelsgestellten werden jedenfalls gut tun, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen und die Vertretung derselben ihrer Organisation, dem Zentralverband der Handelsgestellten, zu übertragen.

Die Eisenkonstruktionsarbeiter haben in allen Betrieben Feuerzulagen gefordert. Der Erfolg dieses Vorgehens war, daß in den meisten Fällen Lohnzulagen von 20—22 Pf. pro Stunde, in einzelnen Fällen etwas weniger, bewilligt wurden. Die Stundenlöhne betragen jetzt im allgemeinen 80—85 Pf., im Höchstfalle 95 Pf. bis 1 M., aber sie gehen auch hinab bis 68 Pf. Im Durchschnitt für alle Betriebe gerechnet beträgt der Stundenlohn 72 Pf., ein für die gegenwärtigen Feuerverhältnisse immerhin beachtlicher Verdienst. In der Branchenversammlung, die sich am Sonntag mit dieser Angelegenheit beschäftigte, wurde erwähnt, daß die Firma Steffens u. Köhle keine Zulagen bewilligt hat. Die dort beschäftigten Arbeiter konnten bis jetzt noch nicht vorgehen, weil die Stelle des eingezogenen Vertrauensmannes noch nicht wieder besetzt ist. Es soll aber auch bei dieser Firma das Erforderliche veranlaßt werden. Das ist um so notwendiger, als die Löhne bei der Firma Steffens u. Köhle erheblich unter dem Durchschnitt stehen. Löhne von 57, 60, 70 Pf. für gelehrte Arbeiter sollen dort nicht selten vorkommen.

Auf das Ersuchen der Bauanschläger um eine Feuerzulage hat der Hauptverband der Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe mitgeteilt, daß die Generalversammlung des Verbandes sowie die Quartalsversammlung der Schlosserinnung beschlossen haben, auf den Stundenlohn der Anschläger in Höhe von 80 Pf. für die Dauer des Krieges eine Kriegszulage von 10 Pf. pro Arbeitsstunde zu gewähren. — In einer Versammlung der Anschläger wurde dieses „Zugewandte“ als Lohn bezeichnet, da im Anschlagsberuf überhaupt nur Alltagsarbeit herrscht, außerdem in Friedenszeiten schon kein Anschlagslohn für 80 Pf. die Stunde gearbeitet hat. Eine Zulage kommt aber nicht in Betracht, sie wäre aber um so nötiger, als die Anschläger auch ihr eigenes Handwerkszeug stellen müssen und das Jahrgeld selbst bestreiten. Bemerkenswert ist noch, daß einzelne einständige Unternehmer schon 10 Proz. Zulage gewähren, obgleich dort nicht unter 1 M. die Stunde verdient wird. Eine weitere Versammlung wird sich noch mit der Frage beschäftigen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
Shakespeare-Zyklus.
7½ Uhr: Ein Sommernachtstraum.
(In der Neueinstudierung.)
Kammertheater.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Volkstheater. Theater a. Bülowpl.
8¼ Uhr: Doppelselbstmord.
Dir. Reinhard-Bornauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7½ Uhr: Ein Traumspiel.
Komödienhaus
8 Uhr: Kameraden.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Essing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Z. 50. M.: Die gutgeschickte Ecke.
Mittwoch: Die gutgeschickte Ecke.
Donnerstag: Peer Gynt.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selbige Exzellenz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Theater für Dienstag, den 11. April.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
7 Uhr: D. Meistersinger v. Nürnberg
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Der Schlemihl.
Kleines Theater.
8 Uhr: Logierbesuch.
Komische Oper.
8 Uhr: Der Favorit.
Lustspielhaus.
8¼ Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der selige Balduin
Residenz-Theater
8¼ Uhr: Loge No. 7 m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Die heitere Residenz.
Schiller-Th. Charlottenbg
8 Uhr: Das Lumpengesindel.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Blondinen.
Theater am Voltendortpl.
8¼ Uhr: Preziosa.
8¼ U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8¼ U.: Die beiden Meyers.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Es gibt nur ein Berlin.
Mittwoch nachm.: Hässel und Gretel.
Rose-Theater.
8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.
Morgen: Die goldene Eva.
Verantw. Redakt.: Alfred Bielew, Reußbän. Ink. ratenteil verantw.

Aus der Partei. Landeskonferenz der bayerischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der bayerischen Landesorganisation hatte zu Sonntag, den 8. April, eine Landeskonferenz nach Nürnberg einberufen und in der Einladung darum gebeten, daß die Organisationen vorher nicht Stellung nehmen möchten. Das ist denn auch geschehen. Die Konferenz war von 101 Vertretern besucht und nahm in erster Linie Stellung zu dem Streit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nach einem Vortrage des Genossen A. d. Müller-München wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„In einer Zeit der größten Erschütterungen, die ein Volk nur je erlebt hat, machen unsere Parteigenossen schwere innere Kämpfe durch, wenn sie Entscheidungen zu treffen haben über den Weg, den die Partei einzuschlagen hat. Es ist natürlich, daß hierüber Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Diese Erschütterungen unserer Gefühle- und Gedankenwelt dürfen in dieser Zeit der Wirren nicht außer acht gelassen werden, wenn wir nicht auf eine abschließende Bahn kommen wollen. Von unserer Reichstagsfraktion ist das leider nicht genügend beachtet worden, sie hat uns ein schlechtes Beispiel von Kameradschaft und einseitigem Handeln gegeben.“

„Nun werden Versuche gemacht, den Vandalen der Zwittertracht auch in den Bau der sozialdemokratischen Organisation zu fragen und ihn zu schüren. Darum beauftragt die Landeskonferenz die verantwortlichen Stellen der bayerischen Partei, Vereins- und Gewerkschaften sowie den Landesvorstand, aufmerksam darüber zu wachen, daß in Bayern etwaigen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, sofort und nachdrücklich entgegengetreten wird. Es ist die Pflicht der Parteipresse, in diesem Geiste zu wirken. Jeder einzelne Genosse hat die Aufgabe, dementsprechend zu handeln.“

„In der Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.“

Die Genossen, die hinausgegangen sind, um mit ihrem Blute die Sicherheit des Landes und ihrer Familien vor Gewalttat zu schützen, haben uns als kostbares Gut die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung hinterlassen. Die Kultur und die soziale Zukunft hängen davon ab, wie die Organisation der Arbeiterschaft die schwere Zeit übersteht.“

Es gilt, den Anfängen der Zersplitterung zu wehren. Höher als alle Rechthaberei muß die Einheit und Geschlossenheit der Partei stehen.“

Den Gegnern der Arbeiterklasse im Reich wie im Lande könnte nichts Erfreulicheres geboten werden, als die Sprengung oder Zersplitterung oder auch nur die weitere Untergrabung der bisherigen Einheit der Arbeiterklasse.“

Die Konferenz erachtet einen Zustand der Welt, der die Wiederkehr der schweren Zeiten unter denen Europa zu verbluten droht, unmöglich macht. Nur dann hat dieser Wunsch Aussicht auf Erfüllung, wenn die Sozialdemokratie stark und mächtig ist und einheitlich ihren Willen zum Ausdruck bringt.“

Die Sozialdemokratie erachtet den Frieden zum Heile unseres Volkes im Streben nach baldiger Erfüllung der Forderungen des Proletariats.“

Wenn der Krieg sein Ende gefunden haben wird, wird sich die Uebermacht des Kapitalismus in nie gekannter Schärfe zeigen und damit auch den streitenden Brüdern die Notwendigkeit der Einigung in voller Klarheit erkennen lassen.“

Die Konferenz verpflichtet alle Parteigenossen und -genossinnen, duldlos gegen andersdenkende Genossen und Genossinnen, unausgesetzt und eifervoll für die Stärkung unserer Organisationen, für die Geschlossenheit unserer Reihen und gegen jeden Versuch der Gründung einer Sonderorganisation zu wirken.“

Die Konferenz befahte sich weiterhin mit den Zuständen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, über welche Frage Genosse Ed. Schmid-München referierte. Nach kurzer Debatte wurde folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

„Die Volksernährung gestaltet sich immer schwieriger. Insbesondere die arbeitende Klasse, aber auch weite Kreise des Mittelstandes leiden schwer unter der Knappheit der meisten Nahrungsmittel und der ... Preissteigerung, der gegenüber nach zu große Nachsicht waldet. Volksernährung und Volkskraft erscheinen in hohem Grade gefährdet. Unzufriedenheit und Erbitterung über diese Zustände sind im Wachen, Schlimmes ist zu befürchten, wenn nicht endlich wirksame Maßnahmen getroffen werden, um die bisher unzureichend geregelte Volksernährung besser zu ordnen.“

Die Konferenz beurteilt aufs schärfste ... der zuständigen Behörden und ... der bayerischen Regierung in dieser wichtigsten innerpolitischen und nationalen Frage.“

WINTERGARTEN
Elsa und Berta
Wiesenthal
sowie der neue April-Spielplan.
Ausfordern 8¼
„Arizona“
Variété-Operette in 1 Bildern
Musik von Gilbert.
Ermäßigte Preise!

Luisen-Theater
8.15 Uhr:
Sie weiß etwas.
Reichshafen-Theater.
Stettiner Sänger.
Sam 176. Male:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen freie Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Sonntag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsteil 15, zum Besten der Bundeskasse
Großer Unterhaltungs- u. Vortragsabend.
Vortrag des Herrn Dr. Kolbe:
Aberglaube u. Hexenprozesse in d. Mark.
Vor und nach dem Vortrag:
Mandolinen-Konzert.
Dirigent: Herz Reinh. Vorpahl. Gesang: Fri. Else Kühn
Nach Schluß des Programms:
Geselliges Beisammensein.
Saalöffnung 6 Uhr. X X Anfang 7 Uhr.
Eintrittskarten a 30 Pf. sind zu haben in der Bundesgeschäftsstelle Fritz Kruse, Mariannenstraße 11 (Tel. Mpl. 1575); Horst, Engelsteil 15; Heyse, Boyenstr. 19; Strand, Schivelbeiner Str. 40; Huth, Warschauer Str. 81. In Neukölln und Steglitz bei der Ortsgruppenleitung sowie im Gewerkschaftshaus am Büfett. In der Geschäftsstelle 1/6
Jede gewünschte Auskunft in Bundesangelegenheiten.

Die Befestigung oder wenigstens die erhebliche Wässerung dieser Kostage ist nur möglich, wenn den von den Sozialdemokraten im Reichstag, in den Landtagen und Rathhäusern, in Denkschriften, Petitionen und persönlichen Vorstellungen bei den zuständigen Beamten wiederholt erhobenen Forderungen in vollem Umfange Rechnung getragen wird, soweit das heute überhaupt noch möglich ist. Es sei in dieser Beziehung auf die neuerdings im Reichstage von der sozialdemokratischen Fraktion zum Problem der Volksernährung eingebrachten Resolutionen verwiesen.

Reich und Staat müssen angehalten werden, die Gemeinden entsprechend zu unterstützen und schloß zu halten für ihre Aufwendungen bei Abgabe billiger Nahrungsmittel an Bedürftige und bei sonstigen sozialen Hilfsmassnahmen.

Von Reich und Staat aber muß verlangt werden, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, um durch volle Ausnutzung der landwirtschaftlichen Fläche die Produktion zu steigern, den Anbau von notwendigen Nahrungsmitteln nötigenfalls auch durch Zwangsmassregeln zu sichern und eine für die Fleisch- und Milchversorgung ausreichende Viehhaltung durch Kontingenterstellung entsprechend der Art und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe zu gewährleisten.“

Weiter wurde der Landesvorstand beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um den Fortbestand aller Parteiblätter in ihrem jetzigen Umfange zu sichern und bei der Reichsregierung Höchstpreise für Papier und eine strenge Durchführung des Ausfuhrverbots zu erwirken.

Die Verhandlungen nahmen einen in jeder Beziehung harmonischen Verlauf.

Stellungnahme zur Fraktionsverwaltung.
In einer Zusammenkunft von parteigenösslichen Vertrauensleuten aus dem Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis (Ottensen-Binneweg-Eindhorn) wurde Genosse Eduard Adler, politischer Redakteur der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“ und Stadtverordneter in Kiel, einstimmig zum Reichstagskandidaten für den Kreis aufgestellt. — Sodann wurde mit 31 gegen eine Stimme folgende Entschliessung angenommen:

„Die Konferenz des 6. Wahlkreises beurteilt das Vorgehen der Parteimitglieder, das bereits zur Fraktionspaltung führte und geeignet ist, die Einheit der Partei zu untergraben. — Die Konferenz billigt die vom Parteivorstande und dem Parteiausschuss in dieser Sache gefassten Beschlüsse und erwartet von den Genossen, daß sie jeglichen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Der Kreis ist jetzt im Reichstage durch den freisinnigen Rechtsanwält Dr. Stoband vertreten. Bisheriger Kandidat der Sozialdemokratie war Genosse v. Elm.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinn.
Bei der Ludwig Löwe u. Co. Akt.-Ges. wird eine Erhöhung der Dividende von 30 auf 35 Proz. vom Aufsichtsrat vorge schlagen. Beim Köln-Neueisenberg-Werke Akt.-Ges. ein wird die Dividende von 25 auf 35 Proz. erhöht. 1913 wurden 40 Proz. verteilt.
Die Kupferwerke Deutschland, A.-G. in Berlin-Oberschöneweide, verdoppeln ihre Dividende von 6 auf 12 Proz.
Die Vereinigte Glanzstoff-Fabriken, Akt.-Ges. in Elberfeld erhöhen ihre Dividende von 27 auf 30 Proz.

Soziales.

Aufgehobene Ordnungsstrafe.

In einem hochnotpeinlichen Verfahren wegen unterlassenen Grüßens hatte das Oberwaltungsgericht zu Gerich zu sitzen.

Der Polizeiergeant Boguhn in Jasterburg war in eine Disziplinarordnungsstrafe von 5 M. genommen, weil er eines Tages einen Leutnant vom Militär nicht begrüßt habe. Damit sollte er gegenüber einer Anordnung des Bürgermeisters, wonach die Polizeibeamten in Uniform die Offiziere vom Militär grüßen sollten, Ungehorsam gezeigt und so die Disziplin verlegt haben.

Nach vorgelegter Beschwerde erzielte B. durch die Klage beim Oberverwaltungsgericht die Aufhebung der Ordnungsstrafe. Es wurde als erwiesen angesehen, daß B. zur fraglichen Zeit gar nicht in Uniform auf der Straße gewesen sein könne. Nach den Ergebnissen der Vernehmung war er gerade zu der Zeit, wo der Leutnant den Graf eines uniformierten Polizeibeamten vernimmt hatte, in seiner Behausung. — In dem Urteil letzter Instanz wurde nicht berührt die Frage, ob der Bürgermeister überhaupt befugt war, seine uniformierten Polizeibeamten anzuhalt, die Offiziere des Heeres zu grüßen. (2)

Kreis Busch
Tägl. 8, Sonntags 3¼, u. 8 Uhr:
Neue Pantomime
„Ostern“ in 3 großen Akten
von Paula Busch.
Farbenprächtig glänzt. Osterspiele
v. Germanentum bis zur Kreuzzeit.
Große Salubritäts-Anstalt:
Die Nischen-Osterbonbonniere
ein Symbol sinnl. Osterfreude.
Börser:
Die neuen April-Salager!

Casino-Theater
Geibmayer Str. 37 Tägl. 8 Uhr.
Ein großer Theatererfolg!
Abendlich köstlicher Schall!
Die Vogelscheuche.
Vollständig in 8 Aufzügen.
Vorher erstklassiges Aprilprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Das machte u.
Possen-Theater.
Linienstraße a. d. Friedrichstraße.
8¼.
Na so was!
Posse in 2 Akten v. Leonh. Haackel.
Gannet & Co.
Posse in 1 Akt von Theo Halton.

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Morgen Mittwoch, den 12. April:
Ein toller Einfall
Vollständig in vier Aufzügen
von Karl Laub.
Rasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast
Tägl. 8 Uhr, Sonnt. 3¼, u. 8 Uhr.
Ein Programm sondergleichen!
Das höchste Kleid!
In einem Aufzuge v. Otto Reutter.
Lyda Salomonova — Otto Röhr.
8. März — Zirkus im Theater
u. d. übr. April-Schlager.
12 hervorragende Nummern 12

Admirals-Palast
Die neue große Ausstattung.
Pantomime auf dem Eise
Frau Fantasie.
8¼, Uhr 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. patriotisches Konzert
veranstaltet von den in Berlin bestehenden ostpreuß. Regimentsvereinen, unter gut. Mitwirk. von: Frau Lotte Werkmeister vom Thalia-Th., z. Z. a. G. im Wintergarten, Herrn Waldemar Henke, Kgl. Hofopernsänger, Herrn Guido Thielscher vom Theater des Westens, Herrn Schubert, Herrn Seidel, Herrn Gröning, Herrn Ruselli, Herrn Otto Schrader, Herrn Rudi Schrader v. d. Stott. Sängern, Koleschewer Bläserband, Leitung: Kgl. Kammervirtuose Herr Ludwig Pless.
Berliner Konzerthaus-Orchester, Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr, Eintritt 50 Pf. Alle Vergünstigungen aufgehoben.
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsspiel.

Reichstag.

43. Sitzung, Montag, den 10. April 1916, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstische: Wild von Hohenborn, Helfferich.

Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Einleitung von Privatklagen respektive Strafverfahren gegen den Abg. Waldstein (Sp.) verlag.

Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfs über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsverföhrung.

Kriegsminister Wild von Hohenborn:

Es ist das erste Mal, daß ich als vorkrieglicher Kriegsminister die Ehre habe, an Ihren Beratungen teilzunehmen, nachdem ich bisher durch dienstliche Tätigkeit im Großen Hauptquartier und an der Front daran gehindert wurde. Es liegt vielleicht die Erwartung nahe, daß ich mich über unsere militärische Lage äußere, ich glaube aber davon Abstand nehmen zu können und Rücksicht auf die sorglichen Darlegungen des Reichskanzlers und auf die Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung, die Sie und das ganze Volk in die Lage setzen, die gute Entwicklung unserer militärischen Lage auf allen Fronten selbst zu verfolgen. Diese Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung sind zwar kurz, soldatisch knapp abgefaßt, aber sie sind im Gegenlatz zu denen unserer Gegner stets wahr (Sehr gut!), denn der siegreiche Mann braucht nicht zu beschönigen. Das lehrt ein Blick auf die Landkarte und das Wissen auch unsere Feinde, auch wenn sie es nicht zugeben wollen. Daß wir weiter siegreich und bis zum glänzenden Ende restlos siegreich sein werden, dafür bürgt uns der Heldenmut, der einheitlich geschlossene Wille und die überlegene sittliche Kraft unseres Volkes (Bravo!), und weiter das Vorhandensein von allem und jedem, was wir zur weiteren Fortführung des Krieges bedürfen. (Bravo!) Das, was wir in der letzten Zeit erlebt haben, die Zurückweisung der russischen Offensives und unsere Kämpfe bei Verdun, das sind nicht, wie unsere Gegner zu glauben vorgeben, die äußersten Anstrengungen einer erschöpften Nation, sondern das sind Hammerschläge eines mit Menschenkenntnis und allen Hilfsmitteln versehenen kräftigen und unüberwindlichen Volksheeres. (Lebhafte Beifall.) Ham merschläge, die sich wiederholen werden, bis die anderen müde sind. (Bravo! rechts.) Für dies Ziel alles, was ich kann, einzusetzen, das verspreche ich hier vor dem Lande. (Bravo!) Ich möchte aber nicht in den Fehler meiner Ministerkollegen im Ausland verfallen und allzuviel von zukünftigen und verflochtenen Siegen reden. Mit Kriegsminister-Siegesreden wird dieser Krieg nicht beendet werden (Sehr gut!), sondern mit starken Schlägen draußen und mit dem starken Willen durchzuhalten dabei. Hundert Meter genommener Schützengraben sind mir lieber als die schönsten Reden in Paris oder London. (Heiterkeit.) Nur ein kurzes Wort über das Durchhalten. Für die Kriegführung draußen, zu dem Vorwärtsdrängen unserer Leute paßt es nicht.

Wir wollen mehr, wir wollen eine siegreiche Entscheidung erzwingen. Aber für dabei gilt es, und die Armeel kann nur das Höchste leisten, wenn zu Hause durchgehalten wird und wenn auch zu Hause alles pro patria (fürs Vaterland) steht. Für dies Durchhalten dabei erachtet es mir Pflicht, den Dank der Armeel dem deutschen Volke auszusprechen. Die Armeel weiß, daß es die Heimat schwer hat, daß die Wunderrmittel mit schweren Sorgen zu kämpfen haben, daß manches Lebensmittel nicht gerade in Fülle vorhanden ist. Freilich, der Aushungerungsplan, dieser Viehlingesgedanke unserer treulichen Stammesbrüder wird zunächst werden. Noch niemals ist unter Kulturnationen ein Kampf, der zwischen den Heeren ausgefochten wird, in so verdrehtischer Weise auf das Leben von Frauen und Kindern übertragen wie seitens England gegen unser Volk; Gottlob bergend. Wir haben noch zu viel Hilfsmittel, unser Wille ist zu scharf, als daß diese Feinplanung Englands sich je verwirklichen könnte. (Bravo.) Ich möchte kein Beispiel, wo Volk und Heer so gemeinsam gekämpft haben. Das ist ja gerade das Erhebende dieser Zeit. (Bravo.) Das stille Gelbentum der Heimat ist nicht minder zu bewerten als die Leistungen des Heeres und für diese Entlassungsfruchtbarkeit und Willensstärke unserer Heimat sagt das Heer seinen Dank. (Bravo.) Gestützt auf die Heimat wird das Heer auch weiter sein Alles hingeben für des Landes Wohl, für die Heimat, für Haus und Hof, für einen Frieden, der den gebrachten Opfern entspricht und unsere Entlastet in alle Zukunft gegen derartige Ueberfälle, wie wir sie erlebt haben, sichert. (Bravo!) Es ist die Signatur dieses Krieges, daß alle Entscheidungen langsam reifen, langsam, aber sicher. Der volle Sieg wird kommen. Wenn, kann niemand sagen, aber daß er kommt, das sind wir sicher. (Lebhafte Beifall.)

Was nun die Vorlage anlangt, so ist sie ein Ausfluß der vaterländischen Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. Der Anknüpfung des Reichstags sind wir gern gefolgt. Es können danach Personen, die Anspruch auf Kriegsverföhrung haben, auf ihren Antrag zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden. Die Gefahr eines Verlustes des Kapitals ist bei der Beschränkung der Abfindung auf eigene Heimstätten sehr gering. Die Kriegsbekämpften werden in der Landwirtschaft tätig sein können, und es erscheint mir ein fruchtbarer Gedanke, daß nach dem Scheitern der Pläne unserer Gegner gerade unsere Kriegsteilnehmer zur Vermehrung unserer Obst- und Gemüsehäuser beitragen werden. (Bravo! rechts.)

Den Wünschen des Reichstags entsprechend ist auch eine Abfindung bei Witwen vorgesehen, von deren Wiedererhaltung im Falle einer Wiederberufung unter Umständen abgesehen werden kann.

Das Gesetz stellt einen Dank an unsere Truppen dar und wird dem gesamten Vaterlande zum Segen gereichen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hofrichter (Soz.):

Die Fürsorge für die Kriegsbekämpften, die Kriegswitwen und die zurückkehrenden Krieger betrachten wir als eine der vornehmsten Pflichten des Reiches und der ersten Maßnahme, die dieses Gesetz darstellt, müssen weitere folgen. Die Kriegsbekämpften dürfen nicht auf Wohlstand angewiesen werden. Es hat mich mit Befriedigung erfüllt, daß der Kriegsminister den Entwurf als eine der Maßnahmen der Fürsorge für die Kriegsbekämpften bezeichnet hat, ich glaube daraus schließen zu dürfen, daß weitere Maßnahmen folgen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Gedanke, die Kriegsbekämpften auf dem Lande sesshaft zu machen, ist von verschiedenen Seiten in geradezu schwärmerischer Weise propagiert worden. Freilich haben es einsichtige Sachverständige den Illusionen gegenüber an Warnungen nicht fehlen lassen. Bei der Schwierigkeit der Sache muß man mit ruhiger, nüchternster Ueberlegung an die Sache herantreten. Wenn z. B. ein Ansiedler sich auf einer solchen Ansiedlung nicht halten kann, kommt er in eine sehr schlimme Lage, weil er ja einen Teil seiner Rente verloren hat. Ich will auf Einzelheiten jetzt nicht näher eingehen, das wird in der Kommission geschehen, an die ich den Entwurf zu verweisen bitte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Riefing (Sp.)

drückt seine Sympathie mit dem dem Gesetz zugrunde liegenden Gedanken aus.

Abg. Dr. Pasche (natl.) schließt sich dem Vordränger an; namentlich sei zu begrüßen die Verpflegung der Kriegsbekämpften auf dem Lande. Beim Steigen der Preise der Lebensmittel würde man dann nicht behaupten können, die Rente reiche nicht aus. Hoffentlich wird es gelingen, das Gesetz in der Kommission recht bald zu verabschieden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Giesberts (Z.):

Der freudige Widerhall, den der Entwurf bei allen Parteien gefunden hat, mag unseren Kriegern draußen die Gewißheit geben, daß man ihrer in der Heimat gedenkt. Der Grundgedanke des Gesetzes geht von der Heimstättenabfindung aus, und die Schaffung von Kriegserheimstätten wird eine erhebliche Wirkung auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse ausüben. Auf die Einzelheiten des Gesetzes wird am besten in der Kommission eingegangen werden.

Abg. Graf Westarp (L.):

Die Mitteilungen des Kriegsministers über den erfreulichen Geist des Heeres werden hier ein dankbares Echo finden. Für die Kriegsbekämpften wird es die Hauptfrage sein, daß sie das Gefühl der Sicherheit erhalten und nicht stets in Furcht leben, daß ihnen die Rente gezahlt wird. — Der Vorlage selbst stimmen wir freudig zu und werden gern an ihrer weiteren Ausgestaltung im Interesse unserer wackeren Kriegsbekämpften mitarbeiten. Möge die Kommission schnell, gründlich und wirksam arbeiten. (Bravo!)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Abg. v. Trampzynski (Pole): Wir halten eine Kommissionsberatung des Entwurfs für dringend notwendig, damit Sicherungen dafür getroffen werden, daß bei der Durchführung des Gesetzes gerecht nach allen Richtungen verfahren wird.

Abg. Henke (Soz. Arb.):

Noch unserer Auffassung hat zu dem Gesetzentwurf nicht das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Kriegsbekämpften geführt, sondern es stehen hinter dem Gesetzentwurf ganz andere materielle Interessen. Die Herren von den bürgerlichen Parteien, die sich so lobend über den Entwurf ausgesprochen haben, mögen ja des Glaubens sein, daß die Vorlage aus dem guten Herzen der Regierung kommt, aber wenn wir uns die Wirklichkeit ansehen, so finden wir, daß der Entwurf die Wirklichkeit gegen sich hat. Die Statistik zeigt, daß alljährlich viele Tausende vom Land in die Städte flüchten, daß sie also ein Paar in dem gefunden haben, was dieser Gesetzentwurf jetzt vielen ermöglichen will. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Man will zweifellos mit diesem Gesetzentwurf ein Anwachsen der Sozialdemokratie nach dem Kriege verhüten. (Lachen rechts.) Nach dem Kriege werden sehr viele Menschen diese Ueberzeugung teilen. Heute ist es für manchen nur nicht zweifelhaft, das zu sagen. Wenn es im Gesetzentwurf heißt, daß die oberste Militärbehörde darüber entscheiden soll, wem auf Antrag eine solche Kapitalabfindung zugesprochen werden kann, so muß man doch bedenken, daß die oberste Militärbehörde kann nicht überall sein — ich habe vor ihr die schuldige Hochachtung — sondern es sind die unteren örtlichen Beamten, die über den Leumund des Antragstellers ihr Urteil abzugeben haben. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Und was dabei herauskommen wird, darüber sind wir nicht im Zweifel. In einer Schrift über die Rente nütter heißt es, man müsse darauf Gewicht legen, daß die betreffenden Leute nicht, sparsam, gesund, zuverlässig und von vaterländischer Gesinnung sind. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Vor allem müssen sie auch Frauen haben, die über dieselben Eigenschaften verfügen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Heute werden wir ja alle als vaterländisch angesehen, aber ob diese Gesinnung auch nach dem Kriege noch jedem zugefunden werden wird, ist eine andere Frage. Wir Sozialdemokraten haben da so hohe Erfahrungen gemacht, daß wir sie nicht vergessen sollten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Gefahr ist sehr groß, daß mancher Vermögensgute, der bei den unteren Beamten in gutem Ruf steht, die Kapitalabfindung bekommt, während mancher arme Teufel, der die Summe sehr nötig hätte, leer ausgeht wird. In diesem Sinne muß in der Kommission darauf hingewirkt werden, daß eine oberste Spruchbehörde eingesetzt wird, die über die Anträge zu entscheiden hat. Es müßte auch im Entwurf nicht heißen, daß eine solche Kapitalabfindung auf Antrag bewilligt werden kann, sondern bewilligt werden muß. Man soll nicht nur über die Rentensprüche reden, sondern auch unteruchen, wie sie entfällt. Wie oft kommt es heute vor, daß es einem armen Teufel nicht gelingt, in den Besitz einer Rente zu gelangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kriegsgesetzgebung zeigt merkwürdig entgegengesetzte Tendenzen. Durch die Tabaksteuer wird einer ganzen Reihe kleiner Existenzen der Boden abgegraben, hier soll die Existenz von Leuten, die einen unsicheren wirtschaftlichen Boden unter den Füßen haben, befestigt werden. Da muß man sich doch fragen, was zu dem einen oder anderen geführt hat. Ich muß wiederholen: In diesem Gesetzentwurf haben weitestläufige materielle Interessen geführt, und da soll man nicht kommen mit Nebenarten von der Dankbarkeit des Vaterlandes. (Unruhe. — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Einer der wesentlichen Gründe, die zum Gesetz geführt haben, ist offenbar, daß man Arbeitskräfte auf dem Lande braucht. Wir lassen uns nichts vormachen von Leuten, die ein Interesse daran haben — natürlich außerhalb dieses Hauses. Hier gibt es solche Leute nicht.

Zweifellos besteht eine große Landflucht. Daß mit diesem Gesetzentwurf der sogenannte Landhunger befriedigt werden soll, daran glaube ich nicht. Man hat die Hoffnung an den Entwurf geknüpft, es werde gelingen, 70- bis 100 000 Kriegsbekämpfte mit eigenem Land zu versetzen. Aber die Ansiedlungskommission in Preußen hat in ihrer jahrelangen Tätigkeit, in einem ganzen Menschenalter, nur 20 000 solcher kleinen Ansiedlungen schaffen können. Die Zahl der selbständigen kleinen landlichen Betriebe nimmt nicht zu, sondern ab. Die Tendenz des Gesetzentwurfs geht also gegen die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Gesetz mag von schönen Gefühlen getragen zu sein, paßt aber nicht zu den harten Tatsachen. Ich bin überzeugt, daß man in diesen Renteneigentümern und ihren Kindern sich nur die Arbeitskräfte schaffen will, die man nicht hat, und ich fürchte, daß so mancher Kriegsbekämpfte später sagen wird: Hol der Teufel solchen Dank des Vaterlandes! Wenn es von mir und meinen Freunden abhängt, würde der Entwurf nicht Gesetz werden. Aber man macht ja gerade gegenwärtig solche Gesetze mit Vorliebe, und so werden wir uns in der Kommission wenigstens abmühen, aus ihm so viel Vernünftiges zu machen wie möglich. Freilich ist die Tendenz des Gesetzes, eine große Anzahl Kriegsbekämpfter an die Scholle zu fesseln und in ihren Nachkommen den Großgrundbesitzern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Der Gesetzentwurf und die hier gehaltenen Reden sind eine wahre Parodie darauf, daß die Krieger draußen nichts vom Vaterland ihr eigen nennen. Dabei muß ihre Vaterlandsliebe zum Teufel gehen. (Lebhafte Beifall! bei den Soz. Arb.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Wid) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Dr. Kaempf: Angefichts der Vorkommnisse der letzten Wochen, daß Sie das Wort zur Geschäftsordnung benutzen, um... (Abg. Liebnecht: Die Wahrheit zu sagen. Aufse rechts: Schmebel halten! und große Unruhe, in der die nächsten Worte des Präsidenten verloren gehen) kann ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.) meldet sich zur Geschäftsordnung und erzählt das Wort ebenfalls nicht. (Aufse bei der Soz. Arb.: Sie haben Angst vor der Wahrheit! Der tapfere Deutsche Reichstag! Der liberale Reichstagspräsident! Gegenrufe rechts: Halten Sie den Mund! Halten Sie das Maul! Andauernde Unruhe.) Der Gesetzentwurf wird an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Altersrente und die Waisenrente in der Invalidenversicherung.

Ministerialdirektor Caspar empfiehlt den Entwurf, der die Berechtigung zum Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabsetzt und eine kleine Verbesserung der Waisenbezüge bringt, die zwar zurzeit von untergeordneter Bedeutung ist, noch längerer Versicherungsdauer aber für die Versorgung einer größeren Anzahl von Waisen von wirtschaftlichem Werte ist.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Mit der Herabsetzung der Altersgrenze sind wir einverstanden. Schon bei der Reichsversicherungsordnung beantragten wir sie, doch wurde der Antrag damals abgelehnt, weil man glaubte, er führe zu einer erheblichen Belastung des Reiches und der Versicherungssteuern. In der Denkschrift vom Dezember vorigen Jahres wird jetzt zum ersten Male amtlich zugegeben, daß auch die Reichsversicherungsordnung mathematisch irren können. Dieser Irrtum ist aber um so unangehlicher, weil bei der Ausarbeitung der Begründung der Reichsversicherungsordnung die Resultate der Versicherungsrechnungen und das Kartenmaterial mehrere Jahrzehnte bereits vorlagen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß der Fehler jetzt endlich ausgeglichen wird. Trotzdem beantrage ich, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, weil die in ihr enthaltene Reform der Waisenrente einer gründlichen Erörterung bedarf. Wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß man den Witwen und Kindern höhere Renten geben könne, weil die in der Begründung der Reichsversicherungsordnung die verfügbaren Mittel als zu niedrig, die Zahl der Waisen dagegen dreimal zu hoch berechnet worden ist. Wie groß der wirtschaftliche Wert, der in der Begründung der Vorlage bei der Erhöhung der Renten für die Zukunft in Aussicht gestellt ist, in Wirklichkeit ist, kann man ersehen, wenn man einmal berechnet, was die Leute im Beharrungszustand erhalten. — Der Redner geht ausführlich auf die Berechnungen der Renten für die verschiedenen Lohnklassen bei der Begründung der Reichsversicherungsordnung ein und fährt fort: Man hat also mit geradezu phantastischen Ziffern bei den Waisen gerechnet. Wir können uns glücklich preisen, daß wir so viel Waisen nicht haben. Wenn wir das Geld, was als wahrscheinliche Ausgabe in Rechnung gesetzt ist, wirklich an die Waisen auszahlen, dann kann die Lage der Witwen und Waisen erheblich aufgebessert werden. Der Mangel, den man an dem Gesetz aufgedeckt hat und unter dem die Hilflosen und Vermissten leiden, sollte sofort beseitigt werden. Wir können eine wirkliche Reform der Waisenversorgung vornehmen, weil wir die Tragweite vollständig übersehen können. Ein schleuniges Vorgehen ist geboten, denn können wir nur eine Anzahl Kinder vor frühzeitigem Tod oder Verkümmern durch Unterernährung retten, so sollten wir das für eine der vornehmsten Aufgaben der Gegenwart betrachten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur durch Kinderkürzung und Kinderpflege kann ein Teil der Verluste des Schlachtfeldes ausgeglichen werden. Die Vorlage ist kleinlich, denn rund 400 000 jetzt vorhandenen Waisen will sie die lärgliche Aufbesserung von 2 M. bis 2,50 M. nicht geben. Es ist gar nicht einzusehen, warum bei den bis zum 31. Dezember 1915 festgesetzten Renten ein anderer Maßstab gelten soll als bei den am 1. Januar 1916 festgesetzten. Ein erhöhter Beitrag kommt dabei nicht in Frage, da ja die Beitragserhöhung erst am 1. Januar 1917 eintreten soll.

Die Finanzlage der Versicherungsträger muß nach dem Kriege nachgeprüft und wahrscheinlich muß die ganze Arbeiterversicherung einer Reform unterworfen werden, denn die Renten müssen der völlig veränderten Kaufkraft des Geldes angepaßt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Invalidenversicherung treten noch weitere Momente hinzu. Millionen Versicherter haben jahrelang dem Vaterland als Soldaten gedient und dabei keine Beiträge geleistet und Rechte erworben, durch die Strapazen des Krieges aber ist ihre Gesundheit schwer geschädigt. Für Heilbehandlungen und Invalidenrente werden daher erheblich höhere Summen beanprucht werden, als ohne Krieg erforderlich gewesen wären. Um dieses Risiko zu decken, werden besondere Maßnahmen nötig sein, man soll dazu aber nicht die Mittel der Waisen nehmen. Der Ausbau der Waisenversicherung ist vielmehr eine der notwendigsten Aufgaben der nächsten Zukunft. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungsvertreter kritisiert einige Zahlen des Vordrängers und verweist im übrigen auf die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Böhmer (Soz. Arb.):

Die Herabsetzung der Altersrente auf das 65. Lebensjahr ist eine der dringendsten Reformen und hätte schon längst eingeführt werden müssen. Der Schredichuß, der von dem Staatssekretär des Innern hier abgefeuert wurde, daß diese Herabsetzung circa 9 Millionen jährlich kosten würde, trifft nach der uns 1915 vorgelegten Denkschrift nicht zu. Danach ist nur ein Mehraufwand von ca. 5 Millionen notwendig. Zutreffen wird, daß auch die Leistungen der Versicherungsträger bedeutend niedriger sein werden, weil ein großer Teil der alten Leute schon Invalidenrentner sind und daher die Altersrente in Fortfall kommt. Wertvoll ist, daß man die Uebergangsvorschriften des Artikels 65 des Einführungs-gesetzes zur Invalidenversicherung in dem Entwurf geändert hat. Man hat so verhütet, daß wieder einem Teil der alten Leute, welche bei Inkrafttreten der Invalidenversicherung nicht genug Marken geklebt hatten, die Rente verweigert wird. Nach dem jetzigen Entwurf sollen denen, die 1800 schon 35 Jahre alt waren, für jedes Jahr 40 Beitragswochen angerechnet werden, damit sie früher in den Genuß ihrer Rente gelangen. Unerfreulich ist in dem Entwurf, daß die Herabsetzung der Altersrente bestraft werden soll mit einer Erhöhung der Wochenbeiträge für jede der fünf Lohnklassen um 2 Pf. vom 1. Januar 1917 ab. Das hat wohl niemand erwartet. Zur Begründung der Versicherten dient es jedenfalls nicht. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Man begründet es mit der Erhöhung der Waisenrente. Darüber, daß die Hinterbliebenenrente vollkommen ungenügend ist, brauche ich nicht weiter zu reden. Mehrfach ist der Nachweis erbracht, daß die Hinterbliebenenrenten in keinem Verhältnis steht zu der 1912 erfolgten erheblichen Beitragserhöhung. Man hat die Berechnung damals so vorsichtig im Sinne der Versicherungsträger zum Schaden der Versicherten aufgestellt. Solche Schätzungen treffen nicht immer zu, wie auch die Erfahrungen bei der Waisenversicherung beweisen. Der Zugang an Waisen ist nicht in demselben Maße erfolgt, wie erwartet wurde. Es soll zugegeben werden, daß sich die Zahl der Waisen durch den Weltkrieg vermehrt. Aber das sind anormale Verhältnisse, mit denen jeder Versicherungsträger rechnen muß. In solchen Fällen hat das Reich Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch die Krankenkassen werden schon jetzt durch den Krieg sehr belastet. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Insbesondere werden die Krankenkassen nach dem Kriege, wenn die Mannschaften krank aus dem Felde zurückkehren, auf eine harte Probe gestellt werden. Die Zahl der Waisen wird in normalen Zeiten aber jedenfalls wieder zurückgehen. Sie wird nicht so hoch steigen, wie die Versicherungstechniker annehmen. Hier spielt auch der Geburtenrückgang eine Rolle. Die Zunahme der Frauenarbeit in den gesundheitsgefährlichen Betrieben, der geringe Arbeitermehrwert und die sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Geburtenzunahme nicht fördern, ebensowenig alle Verbote der bekannten Mittel. Wundern muß man sich, daß wegen der geringen Erhöhung, die nach dem Entwurf den Waisen geboten werden soll, die Beiträge erhöht werden. Die Summe, die gegeben werden soll, ist ganz minimal und unzulänglich. Es mag für jedes weitere Kind nach dem ersten noch nicht 10 Pf. pro Tag aus. Vor allem sollte die geringe Erhöhung, die eintritt, allen Waisenkindern zugute kommen, und nicht erst für die nach dem 1. Januar 1916 geborenen. Wenn man

Son ein solches Gesetz macht, dann muß auch für jede Weise die geringe Veranschlagung gelten. (Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. Wollstein (Soz.): hält seine Zahlen gegenüber dem Regierungsvorbericht.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Novelle zum Kalbfleischgesetz.

Unterstaatssekretär Richter begründet die Vorlage, die wegen des Krieges die fällige Neufestsetzung der Beteiligungsziffern hinsichtlich und zur Abhilfe für die notleidende Kalbfleischindustrie die Kalbfleischpreise im Durchschnitt um 2 Proz. erhöhen will.

Abg. Brey (Soz.):

In der Kommission wird die Frage der Rückwirkung dieser Preissteigerung auf die Landwirtschaft und auf die Kalbfleischverarbeitung in der Industrie geprüft werden müssen. Die Arbeiter des Kalbfleischgewerkschafts leiden ganz besonders schwer unter den Kriegszugängen. Um so mehr erweist sich die Notwendigkeit, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Wenn ein Teil der Kalbfleischbesitzer diesen Beschwerden immer noch Widerstand leistet, so hoffe ich, daß die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen in diesem Hause die Einführung von Tarifverträgen im Kalbfleischgewerbe wünschen und bestrebt sein werden, das Eingreifen des Reiches im Sinne dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit herbeizuführen.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.):

Das Kalbfleischgesetz hat nicht auf eine Einschränkung überflüssiger Kalbfleischanlagen, hingewirkt, sondern eine ungeheure Vermehrung der Anlagen, herbeigeführt, sogar im Krieg sind noch Betriebe hinzugekommen. Dagegen unwirtschaftlichen und unvernünftigen Treiben muß die Gesetzgebung ein Ende machen und die Vorkontrollen aufhören. In Interesse der Allgemeinheit muß man sich selbst vom Standpunkt der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist jetzt die beste Gelegenheit, die Verstaatlichung der Kalbfleischindustrie vorzunehmen. (Bravo! bei der Soz. Arb.) Zu bedauern ist, daß bei der staatlichen Regelung des Kriegszugewinns die Kalbfleischarbeiter, wie es scheint, vollständig leer ausgegangen sind.

Der Regierungskommissar betont demgegenüber, daß die Löhne der Arbeiter in kalbfleischgewerblichen Betrieben in den letzten Jahren gestiegen seien.

Der Entwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Dr. Kaempf erteilt die Ermächtigung, die nächste Sitzung nach eigenem Ermessen festzusetzen. Jedenfalls soll sie nicht später stattfinden als am 2. Mai.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Ich beantrage, die nächste Sitzung morgen abzuhalten und als ersten Punkt der Tagesordnung den Etat des Reichstages hinaufzusetzen. Nach den Vorberichten am Sonntag ist es dringend notwendig, daß der Reichstag die erste Gelegenheit benützt, um Beschlüsse zu fassen, die es verhindern, daß künftig Abgeordnete in diesem Hause durch Gewalttätigkeiten an der Ausübung ihrer parlamentarischen Rechte und Pflichten gehindert werden. (Sehr wahr! bei der Sozialdem. Arbeitsgem.) daß Maßnahmen ergriffen werden, die es künftig unmöglich machen, (Rufe: Das Landesverratere sprechen!) daß nach der Sitzung, wie es durch die Zensur geschehen ist, die wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Verhandlungen dieses Hauses verhindert wird. Das ist eine Verfassungsverletzung. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Sie haben alle das größte Interesse daran, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen. (Anruhe.) Beim Etat des Reichstages können Anträge, die meine Fraktion vorbereitet hat, zur Verhandlung gelangen. Darf ich noch darauf hinweisen, da leider nur ein kleiner Teil der hier Anwesenden an der Sonabend-sitzung teilgenommen hat und Sie durch die Parlamentsberichte ...

Präsident Kaempf: Das gehört nicht mehr zur Tagesordnung. Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Doch, es gehört zur Begründung meines Antrags.

Präsident Kaempf: Sie müssen sich meiner Anordnung fügen.

Abg. Ledebour: Dann bitte ich meinen Antrag anzunehmen.

Präsident Kaempf: Der Etat des Reichstages ist noch in der Kammer.

Abg. Ledebour: Der Etat des Reichstages ist sonst im Frieden in 5 Minuten erledigt worden. Die Kommission kann ihn also morgen vormittag sehr gut durchberaten.

Abg. Scheidemann (Soz.): Meine Fraktion kommt in eine sehr große Verlegenheit, und zwar aus folgendem Grunde. Wir haben gegen eine Beratung, wie sie gewünscht wird, natürlich gar nichts einzuwenden, im Gegenteil, ich glaube, daß wir alle, das ganze Haus, diese Beratung sogar sehr wünschen. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir sind aber nicht in der Lage, dafür zu stimmen, daß diese Beratung morgen stattfindet. Ich will auch sagen, warum. Eine Anzahl unserer Fraktionskollegen hat mich gefragt, ob sie dringender Beschlüsse wegen abreisen könnten. Als ich ihnen sagte: „Darüber kann ich Euch nichts Bestimmtes sagen“, haben sie mich mit sehr zweifelnden Blicken angesehen und mir erklärt, daß sie auf eine ähnliche Frage, die sie an den Abg. Cohn-Nordhausen gerichtet hätten, er ihnen gesagt habe: „Ihr könnt unter allen Umständen abreisen. (Hört! hört!) — Große Heiterkeit rechts.“ Morgen sei unter keinen Umständen Sitzung. Ich habe erwidert: „Wenn Gasse das bestimmt weiß, dann habe ich natürlich nichts dagegen.“ Aber nun, nachdem die Kollegen abgereist sind und ich ihnen gesagt habe, morgen werde keine Sitzung sein, kann ich unmöglich dafür eintreten, daß morgen trotzdem Sitzung sein soll. Ich bin also dafür, daß die Fragen, die der Abg. Ledebour angeklungen hat, so schnell wie möglich beraten werden, kann aber leider nicht dafür stimmen, daß das morgen geschehen soll.

Abg. Gasse (Soz. Arb.): Ich will nur feststellen, daß die Behauptung des Abg. Scheidemann eine irrtümliche ist. Ich habe keinem Abgeordneten gesagt, er könne nach Hause fahren, morgen finde keine Sitzung statt; ich habe auf Anfrage von einem oder zwei Kollegen gesagt, die bürgerlichen Parteien wünschten, daß heute Schluss gemacht werde und daß morgen keine Sitzung mehr stattfinden.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Dieses Mißverständnis kann kein Grund sein, daß wir deshalb morgen nicht sitzen. Die Abgeordneten, die abgereist sind, können unter allen Umständen telegraphisch zurückbeordert werden. (Zustimmung rechts und bei den National-Liberalen.) Das kommt alle Augenblicke vor, ich glaube, es wäre auch hier annehmbar.

Abg. Gasse (Soz. Arb.): Ich erlaube soeben vom Abg. Scheidemann, daß es sich um den Abg. Edmund Richter handelt. Ich stelle fest, daß ich dem Abg. Edmund Richter im Gegenteil gesagt habe, welchen Antrag wir zu stellen beabsichtigen, und daß mit keinem Wort die Rede davon gewesen ist, daß er etwa nach Hause fahren könne.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich muß dann den beiden Kollegen Gasse und Edmund Richter überlassen, sich auseinanderzusetzen. (Abg. Gasse: Das wird in der Presse geschehen, wer von beiden richtig Auskunft gegeben hat. Jedenfalls hat mir Kollege Edmund Richter ausdrücklich gesagt: Gasse hat mir erklärt, unter keinen Umständen sei morgen Sitzung. (Heiterkeit.)

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und mehrerer Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt und mit demselben Stimmenverhältnis dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, die nächste Sitzung von sich aus einzuberufen, was nicht vor dem 2. Mai der Fall sein wird.

Präsident Dr. Kaempf schließt die Sitzung mit Wünschen an die Abgeordneten für das Osterfest. (Beifall.)

Schlus 7 1/2 Uhr.

Die Kriegsgewinnsteuer

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Am Montag trat die Budgetkommission in die Beratung der Kriegsgewinnsteuer ein. Der § 1 stellt fest, daß für den in der

Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1916 entstandenen Vermögenszuwachs eine besondere Abgabe zu entrichten ist. Von den Sozialdemokraten und den Fortschrittlichen wird dazu beantragt, in das Gesetz die nachmalige Erhebung des Wehrbeitrages hineinzuschreiben. Darüber entspann sich zunächst eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte. Zentrum und Konserbative traten dafür ein, die Frage des Wehrbeitrages erst zu erörtern, wenn die erste Lesung des Gesetzes abgeschlossen ist. Sozialdemokraten und Fortschrittler traten dieser Ansicht entgegen, weil durch ihre Anträge der Rahmen des Gesetzes erweitert wird. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Beschlüsse der ersten Lesung nicht veröffentlicht werden sollen, ehe nicht die Frage des Wehrbeitrages erledigt ist. Der § 1 wurde dann einstimmig angenommen.

§ 2 stellt fest, daß der abgabepflichtige Vermögenszuwachs der nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes festgestellte Vermögenszuwachs ist. Damit wird verbunden die Veranlagung des § 6, der bestimmt, daß bei Feststellung des Vermögensstandes am 31. Dezember 1916 die Grundstücke, die der Steuerpflichtige erst nach dem 1. August 1914 erworben hat, zu keinem geringeren Werte als dem Betrage der Gestehungskosten anzusetzen dürfen.

Von verschiedenen Seiten, namentlich von dem Abg. Hoch, wurde betont, daß die Veranlagung des Vermögenszuwachses erschwert wird durch den Mangel eines einheitlichen Veranlagungsschemas. — Abg. Müller-Fulda (Z.) hat beantragt, dem § 2 hinzuzufügen:

Der Kurzwert der an einer deutschen Börse gehandelten Wertpapiere ist nach dem Durchschnitt des Verkaufswertes, den diese im Monat Dezember 1916 gehabt haben, vom Bundesrat nach Anhörung der Börsenausschüsse festzusetzen.

Für Forderungen in ausländischer Währung ist der Kurzwert nach dem Stande vom 31. Dezember 1916 maßgebend.

Bei Aktien ohne Vorkaufsrecht, Aktien an einer Gesellschaft oder bei Anteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist der Wert gemäß § 85 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 anzusetzen.

Zur Begründung wurde ausgeführt, daß bei Festsetzung eines bestimmten Stichtages die Kurse künstlich gedrückt werden könnten. Ferner wurde betont, daß für eine ganze Reihe Aktien Börsennotierungen gar nicht bestehen. Außerdem wisse man nicht, ob im Dezember die Börse wieder eröffnet sei.

Von nationalliberaler Seite wurde der Vorschlag gemacht, den Wert solcher Aktien von der Steuerbehörde festsetzen zu lassen, die sich am Orte des Unternehmens befindet. — Abg. Hoch hebt hervor, daß man bei der Einschätzung landwirtschaftlicher Grundstücke besonders den Wertzuwachs berücksichtigen müsse, der entstanden ist durch die enorme Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte. — Staatssekretär Helfferich stellt zunächst fest, daß bei Grundstücken eine eventuell eingetretene Wertverminderung abgezogen werden kann; auch die Wertverminderung, die durch Abnutzung entstanden ist. — Abg. Graf Westarp bemerkt sofort diese Gelegenheit, um zu betonen, daß die landwirtschaftlichen Grundstücke — von wenigen Ausnahmen abgesehen — einen Wertzuwachs durch die hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte erzielt haben. Das Gegenteil sei der Fall, denn der Viehbestand, Gebäude und Geräte hätten erheblich gelitten. Durch den Mangel an Arbeitskräften hätten die Betriebe nicht voll ausgenutzt werden können. Dadurch sei aber eine Wertverminderung eingetreten. — Von dem Abg. Merzin (Deutsche Fraktion) wird gefordert, als Wertminderung auch die Folgen von Abnutzung anzuerkennen.

Abg. Hoch meint, daß es vielleicht doch besser wäre, einfach das Einkommen zur Grundlage der Besteuerung zu machen. Mit der jetzt vorgeschlagenen Art der Ermittlung des Wertes landwirtschaftlicher Grundstücke kommt man nicht zum Ziel. Die Wertsteigerung dieser Grundstücke ist zweifellos. — Staatssekretär Helfferich hält es für berechtigt, daß man bei Grundstücken anders verfahren müsse als bei Wertpapieren. Erhe nicht oder weniger theoretische Feststellung des gestiegenen Wertes für Steuerzwecke nicht Brauchbar. — Die Fortschrittler beantragen, auch die Wertminderung als abzugsfähig zu erklären, die nachweisbar infolge des Krieges entstanden ist. — Gegen diese Fassung wendet sich Abg. Graf Westarp, weil sie zu einer Menge Differenzen führen müsse. Dagegen sei es von besonderem Wert, daß unter der Verschlechterung auch die Abnutzung verstanden wird.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag Müller-Fulda zurückgezogen, die anderen Anträge abgelehnt und schließlich die §§ 2 und 6 in der Fassung der Vorlage angenommen. Der § 3 bestimmt die Abzüge, die von dem Vermögenszuwachs gemacht werden können. Abg. Reil (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten nicht zugeben können, daß Erbschaften überhaupt frei bleiben. Diese Frage werde am Schlusse der ersten Lesung eingehend zu behandeln sein. — Der Paragraph wird mit einer unwesentlichen Änderung angenommen; ebenso § 4. — Der § 5 bestimmt, daß dem am 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen hinzuzurechnen ist die in ausländischem Grund und Boden oder in ausländischen Betrieben angelegten Summen sowie die Mittel, die zum Erwerb von Luxuswaren (Edelsteinen, Perlen, Kunstgegenständen usw.) aufgewendet wurden, sofern die dafür aufgewendete Summe mindestens 1000 M. beträgt. — Ueber diesen Paragraphen entspann sich eine lange Debatte, weil der Begriff „Schmuck, Kunst- und Luxusgegenstände“ etwas unklar gefaßt ist. — Staatssekretär Helfferich gibt das zu und versichert, daß man in den Ausführungsbestimmungen eine klare Definition geben werde. Die Sozialdemokraten betonten, daß auch solche Anschaffungen der Steuer unterworfen werden sollen, die später nicht verwertet werden können, aber doch ausschließlich zu dem Zwecke vorgenommen worden sind, um einen möglichst großen Teil des Vermögens der Steuer zu entziehen. — Abg. Gohle tritt dafür ein, daß auch Sammlungen der verschiedensten Art unter das Gesetz kommen müssen. Es sei sehr leicht denkbar, daß jemand einen Teil seines Vermögens etwa in einer kostbaren Briefmarkensammlung anlegt. — Vor Anregungen dieser Art warnt Staatssekretär Helfferich, denn Fälle dieser Art dürften doch selten sein. — Abg. Liesching hält eine solche Ergänzung des Gesetzes für dringend nötig. Die Grenze zwischen Kunst- und Gebrauchsgegenstand ist viel zu flüchtig.

Die Diskussion wird am Dienstag fortgesetzt.

Der sozialdemokratische Erbschaftssteuer-Antrag.

Die Sozialdemokraten haben in der Budgetkommission folgenden Antrag eingebracht: Dem Entwurf des Gesetzes über die Besteuerung der Kriegsgewinne folgenden Artikel II einzufügen:

§ 45. Das Erbschaftsteuergesetz vom 3. Juni 1906 und vom 3. Juli 1913 wird dahin abgeändert:

§ 10 erhält folgende Fassung:

§ 10. Die Erbschaftsteuer beträgt, wenn der Wert des Erwerbes unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 200 000 M. nicht übersteigt:

1. zwei vom Hundert des Erwerbes;
1. für eheliche Kinder und solche, welchen die rechtliche Stellung ehelicher Kinder zukommt — jedoch mit Ausschluß der an Kindesstatt angenommenen Kinder —, sowie eingetragene Kinder;
2. für uneheliche Kinder aus dem Vermögen der Mutter oder der mütterlichen Vorfahren und für uneheliche vom Vater anerkannte Kinder;
3. für Abkömmlinge der zu 1 und 2 bezeichneten Kinder;
4. für Ehegatten;
- II. fünf vom Hundert:
1. für leibliche Eltern;

2. für voll- und halbwürdige Geschwister;
- III. acht vom Hundert:
- für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern;
- IV. zehn vom Hundert:
1. für Großeltern und entferntere Voreltern;
2. für Schwieger- und Stiefeltern;
3. für Schwieger- und Stiefkinder;
4. für an Kindesstatt angenommene Personen und deren Abkömmlinge, soweit sich auf diese Wirkungen der Annahme an Kindesstatt erstrecken;
- V. zwölf vom Hundert:
1. für Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern;
2. für Geschwister der Eltern;
3. für Verhältnigerte im zweiten Grade der Seitenlinie;
- VI. fünfzehn vom Hundert: in den übrigen Fällen, soweit es sich nicht um einen Erwerb der in § 12 bezeichneten Art handelt.

Uebersteigt der Wert des Erwerbes unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 200 000 M., so wird an Erbschaftsteuer erhoben, falls der Erwerb und das bisherige Vermögen zusammen betragen:

bis zu	30 000 M. vom Erwerb das	1/2	sache
50 000	1 1/2		
75 000	1 1/2		
100 000	2		
150 000	2 1/2		
200 000	3		
300 000	3 1/2		
400 000	4		
500 000	4 1/2		
mehr als 500 000	5		

Der im Absatz 1 bestimmten Sätze.

Die Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Steuerpflichtigen zum Erwerb unterbleibt, wenn das bisherige Vermögen den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigt.

Die im Abs. 2 geregelte Steigerung beginnt bei den Steuerpflichtigen der I. Klasse erst, wenn der Wert des Erwerbes unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben den Betrag von 100 000 M. übersteigt, mit dem im Abs. 2 für diesen Wert bestimmten Sätze.

Uebersteigt der Wert des Erwerbes unter Hinzurechnung des bisherigen Vermögens des Erben eine der in Abs. 2 bis 4 bezeichneten Wertgrenzen, so wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem nach Abs. 2 anzuwendenden höheren Satze und demjenigen der vorangehenden Wertklasse nur insoweit erhoben, als er aus der Hälfte des die Wertgrenze übersteigenden Betrages des Erwerbes gedeckt werden kann.

§ 11 erhält folgende Fassung:

§ 11. Von der Erbschaftsteuer befreit bleiben:

1. Wenn der Erblasser während des Krieges dem Heere oder der Marine angehört und der Tod während des Krieges oder als Folge einer Dienstbeschädigung im Sinne des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 eintrat.

a) die in § 10 I aufgeführten Personen;

b) die in § 10 III 1, IV 1, 4 aufgeführten Personen, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigt;

2. ein Erwerb von nicht mehr als 500 M.;

3. im Falle des § 10 I ein Erwerb unter 50 000 M., soweit er mit dem bisherigen Vermögen des Erben den Betrag von 50 000 M. nicht übersteigt;

4. in den Fällen des § 10 II 1, IV 1, 4 ein Erwerb unter 10 000 M., soweit er mit dem bisherigen Vermögen des Erben den Betrag von 30 000 M. nicht übersteigt;

5. ein Erwerb in Gemäßheit des § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;

6. die Befreiung von einer Schuld, sofern der Erblasser sie mit Rücksicht auf die Notlage des Schuldners angedeutet hat und eine Notlage auch durch den Erwerb im wesentlichen nicht beseitigt wird, soweit nicht die Steuer aus der Hälfte eines neben der erlassenen Forderung den Bedachten zukommenden Anfalles gedeckt werden kann;

7. in den Fällen des § 10 I, II 2, III, IV 2, 3 ein Erwerb, sofern er in Arbeitspfeiden, Wägen, Wägen, Haus- und Küchengerät besteht, diese Gegenstände nicht zum Gewerbebetrieb oder zum Verkauf bestimmt waren und der Wert des Erwerbes dieser Art den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt; auf den Abzug der Schulden und Lasten von dem Werte der bezeichneten Gegenstände finden die Vorschriften des § 9 entprechende Anwendung;

8. ein Erwerb, der anfällt leiblichen Eltern, Großeltern und entfernteren Voreltern, soweit der Erwerb in Sachen besteht, die sie ihren Abkömmlingen durch Schenkung oder Ubergabevertrag zugewandt hatten;

9. ein Erwerb, der anfällt Familienstiftungen auf Grund eines in einer Verfügung von Todes wegen bestehenden Stiftungsgeschäfts;

10. ein Erwerb, der anfällt Personen, die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Erblasser standen haben, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 3000 M. nicht übersteigt.

§ 13 wird gestrichen.

§ 29 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die Erbschaftsteuer wird von dem Betrage berechnet, um welchen der Erwerb durch den Anfall bereichert worden ist. Für den zur Anwendung kommenden Steuerfuß ist jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen des § 10 Abs. 3 der Betrag maßgebend, der sich aus der Zusammenrechnung des bisherigen Vermögens des Erben und des Erwerbes ergibt. Der Bundesrat trifft die zur Feststellung des bisherigen Vermögens erforderlichen Vorschriften.

§ 46. Den Bundesstaaten verbleibt ein Zehntel ihrer Robeinnahme aus der Erbschaftsteuer.

§ 47. Die §§ 45 und 46 dieses Gesetzes treten mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Für einen Erwerb, der bereits zu diesem Zeitpunkt begründet ist, bestimmt sich die Steuerpflicht nach den bisherigen Vorschriften.

Artikel III. Erhebung eines außerordentlichen Wehrbeitrages.

§ 48. Im Rechnungsjahr 1916/17 wird ein außerordentlicher Wehrbeitrag vom Vermögen, und bei dem in § 10 des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 genannten Personen auch vom Einkommen erhoben.

§ 49. Für den Beitrag gelten entsprechend die §§ 2 bis 63, 70 des Gesetzes vom 3. Juli 1913, soweit der folgende Paragraph nicht anderes vorschreibt.

§ 50. Die Veranlagung erfolgt auf Grund einer Feststellung des Vermögens- und Einkommensstandes mit dem 31. Dezember 1916 als Stichtag.

Der Teil des Vermögens, der von der Kriegserwerbssteuer befreit ist, unterliegt nicht der Wehrbeitragspflicht.

Die Steuerfüße werden nur zu einem Drittel erhoben.

Politische Uebersicht.

Auskehr im Reichstage.

Das „Hohe Haus“ am Königsplatz ist heute in die Osterferien gegangen, nachdem es vorher in einer vierstündigen Sitzung die erste Lesung dreier Gesetzentwürfe „erledigt“ hatte. Bei dem ersten dieser Gesetzentwürfe, dem über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegserbverpflichtung, erschien der im Reichstage fast in Vergessenheit geratene preussische Kriegsminister Herr Wild von Hohenborn, um sich in seiner neuen Würde vorzustellen. Die Debatte eröffnete Genosse Sofriester von der alten Fraktion mit kritischen Betrachtungen über die Vorlage, ihm folgte der

Fortschrittler Dießing mit Sympathie, der National-liberale Paasche mit Schwärmerie und der Zentrums-mann Giesberts mit „freudigem Widerhall“ für den Gedankensatz der Sehaftmachung der Kriegsschädigten; nützlichere stimmten Graf Westarp und der Christlichsoziale Behrens der Vorlage zu. Der Genosse Henke von der neuen Fraktion goß darauf reichlich Wasser in den Wein seiner Borredner. Er verwies gegenüber deren Schönfärbereien besonders auf die Schattenseiten des Entwurfs und die sehr materiellen Absichten desselben im Interesse der Großgrundbesitzer. Genossen Liebknecht wurde wieder durch Debatte-schluss das Wort abgeschnitten, und der Präsident verweigerte ihm auch das Wort zur Geschäftsordnung, ebenso dem Genossen Ledebour, der gegen diese Art der Geschäftsführung protestieren wollte.

Bei dem nun folgenden Gesetzentwurf, der endlich die von der Sozialdemokratie seit langem beantragte Herabsetzung der Altersgrenze bei der Gewährung der Altersrente vorliegt, sprachen Genosse Wolfenbühl von der alten und Genosse Düchener von der neuen Fraktion, sich gegenseitig ergänzend. Auch bei dem dritten Entwurf, der Kalinowelle, zogen die beiden sozialdemokratischen Redner, Genosse Vrey von der alten und Genosse Dr. Schön von der neuen Fraktion, einträchtig an demselben Strang.

Um so reichlicher wirkte die Schlussperiode der Sitzung. Als der Präsident Kaempff vorschlug, das Haus möge sich bis zum 2. Mai vertagen und ihm die Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung überlassen, erhob Genosse Ledebour Widerspruch. Er beantragte, die nächste Sitzung morgen abzuhalten, den Etat des Reichstages als ersten Punkt und dazu zwei von der Fraktion des Redners gestellte Anträge zu behandeln, die sich mit den Vorgängen am Schlusse der Sonnabend-sitzung des Reichstages befassen. Was Genosse Ledebour zur Begründung seines Antrages sagte, möge man im Bericht nachlesen. Genosse Scheidemann erklärte, zwar auch für die Beratung dieser Dinge zu sein, aber nicht dafür stimmen zu können, daß diese Beratung — schon morgen stattfinden; weil eine Anzahl Abgeordnete in der Annahme, daß der Reichstag heute vertagt werde, bereits abgereist sei. Genosse Scheidemann behauptete, Genosse Haase habe dem Genossen Edmund Fischer gesagt, er könne ruhig abreisen, morgen werde keine Sitzung sein. Genosse Haase, der dadurch zur Antwort genötigt war, bezeichnete es als eine „irrtümliche“ Behauptung Scheidemanns, daß er jemandem gesagt habe, er könne abreisen. Er habe nur gesagt, daß die bürgerlichen Parteien die Absicht hätten, schon heute zu vertagen. Unter Führung von Scheidemann und Ebert stimmte der größte Teil der alten Fraktion mit den bürgerlichen Parteien gegen den Antrag Ledebour, während eine Anzahl Genossen von der Minderheit der alten Fraktion gemeinsam mit den Genossen der neuen Fraktion dafür stimmte. Der Antrag war abgelehnt, und der Präsident entließ das Haus bis zum 2. Mai.

Ein Parlamentarier gegen die Reichsverfassung.

Der „Post“ wird unter dem Titel „Eine angebrachte Maßnahme“ von parlamentarischer Seite (wohl Hr. v. Jedlich. Die Red. d. „Vor.“) geschrieben:

„Der Präsident des Reichstages hat sehr fürsorglich gegenüber Dr. Liebknecht gehandelt, indem er dafür gesorgt hat, daß dessen Äußerungen, um derentwillen er von der Sitzung ausgeschlossen wurde, nicht bekanntgeworden sind. Andernfalls wäre, nach den Vorgängen im Reichstage selbst zu schließen, ernstlich damit zu rechnen gewesen, daß Dr. Liebknecht auf der Straße gehängt worden wäre. Da von diesem Nachhelfer des Herofrat aber nicht zu hoffen ist, daß er sich den Vorgang vom Sonnabend zur Warnung dienen läßt, so besteht eine solche Gefahr noch fort, und es wirft sich daher von selbst die Frage auf, ob es nicht angezeigt wäre, Herrn Dr. Liebknecht im Interesse seiner eigenen Sicherheit für die Dauer der Reichstags-sitzung in Schutzhaft zu nehmen. Der Artikel 81 der Reichsverfassung, durch welchen die Immunität des Reichstagsabgeordneten gewährleistet wird, steht nach Wortlaut und Sinn einem solchen Vorgehen nicht entgegen. Daß im Falle der Verjahung dieser Frage auch allgemeinen vaterländischen Interessen gedient würde, bedarf der näheren Darlegung nicht.“

Wir wollen gegenüber dieser Notiz, die sich selbst charakterisiert, nur feststellen, daß die Ausführungen des Genossen Liebknecht so waren, daß selbst der Präsident ihn nicht einmal zur Ordnung rufen konnte. Durch den Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft werden die Sonnabend-Vorgänge ja hoffentlich auch noch in der breiteren Öffentlichkeit klar gestellt werden. Wir verweisen für heute auf die Andeutungen des Genossen Ledebour in der Geschäftsordnungsdebatte am Schlusse der gestrigen Reichstags-sitzung.

Konservative Neuorientierung.

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Reichstagsabgeordneter Dr. Oertel:

„Wir haben im Laufe des Krieges mehrfach abgelehnt, uns zu den Fragen der Neuorientierung zu äußern, weil dieser Begriff noch völlig unklar und weil die politischen Dinge sich in seinem Flusse befanden. Daraus hat sich auch in letzter Zeit nichts geändert.“

Genossenschaft hat die Mehrheit der Sozialdemokratie, soweit sie im Reichstage vertreten ist, einen Standpunkt eingenommen, der, obwohl er im Grunde genommen selbstverständlich ist, auch von uns als erfreulich bezeichnet wurde. Drei Punkte der Reichstagsdebatte haben für die letzten Kriegsanleihen gestimmt. ... In der Zustimmung zu den Kriegsanleihen können wir aber etwas Neues, das zur sogenannten Neuorientierung verpflichtet, nicht erkennen. Wir befinden uns hierbei in voller Uebereinstimmung mit dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei, der vor kurzem eine Flug-schrift veröffentlicht hat, in der dargelegt wurde, daß die Sozialdemokraten, die der Kriegsanleihe zugestimmt haben, nur das wahrgemacht hätten, was von Rebel und anderen schon lange vor dem Kriege als sozialdemokratische Pflicht bezeichnet worden sei. Wollten wir daran zweifeln, so würden wir die Schwierigkeiten, in denen sich die sozialdemokratische Parteivorstand befindet, lediglich vermehren, und dazu liegt keine Veranlassung vor.

Wir freuen uns trotzdem, daß die Mehrheit der Partei dem Vaterlande das nicht versagt hat, was es zu seinem Schutze bedarf. Die Vertreter dieser Mehrheit haben aber selbst das öfters ausgesprochen, daß sie dafür keinen besonderen Dank beanspruchten, und auch darin wird ihnen zugestimmt sein.

In den Kriegs- und Friedensfragen walteten aber sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und der Mehrheit der bürgerlichen Parteien ab. Gegen das, was der Abg. Dr. Spaßn über Belgien gesagt hatte,

erhob der sozialdemokratische Führer Ebert „scharfen Protest“, und der andere Führer Scheidemann vertieg sich sogar zu der Bemerkung, wenn sich der Reichskanzler nachträglich zu den Zielen des Grafen von Westarp bekennen wollte, dann würde — so könne er mit Bestimmtheit sagen —, der Reichskanzler mit den Abgeordneten Spaßn und Westarp den Krieg allein fortsetzen müssen. Herr Scheidemann hätte mit demselben Rechte auch den Abgeordneten Dr. Stresemann nennen können. Wir wollen diese seine Äußerung nicht einer eingehenden Besprechung und Verwertung unterziehen, sondern führen sie nur an, um zu beweisen, daß in den Kriegszielen doch die tiefsten und schärfsten Meinungsverschiedenheiten, ja Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Mehrheit vorhanden sind.

Was aber die innere Politik anlangt, so haben wir erst vorgestern auseinandergesetzt, daß die Sozialdemokratie in den Fragen dieser Politik durchaus die alte geblieben zu sein scheint, und daß hierbei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit und der abgesplitterten Minderheit kaum zu finden sind. Abgeordneter Ebert erklärte am 5. April, daß an der grundsätzlichen Richtung der Sozialdemokratie durch den Krieg nichts geändert worden sei. Ähnlich hat sich auch der Abgeordnete Haenisch in dem Buche ausgesprochen, das Herrn Darms Anlaß zu einem Aufsatz gegeben hat. Herr Haenisch meint, daß es beim Klassenkampfe bleiben werde und daß auch in der Frage der Staatsverfassung und der Staatsregierung die Meinung der Sozialdemokratie keine andere sei, wenn auch die Begeisterung für die Republik hier und da eine Abkühlung erfahren habe. Die Sozialdemokratie will also in allen ihren Teilen antimonarchisch, eine Partei des Klassenkampfes bleiben. Wer anderer Meinung ist, der zweifelt an der Aufrichtigkeit ihrer Vertreter, und daran zu zweifeln, liegt doch kein Grund vor.

Wenn aber die Dinge so liegen, so wird man es verstehen können und billigen müssen, daß die Frage der Neuorientierung mit einiger Zurückhaltung behandelt werde. ... Wir können also, was uns anlangt, nicht in Aussicht stellen, daß wir die Hoffnungen des Herrn Darms erfüllen werden. Wir haben dazu um so weniger Anlaß, als die Grundsätze, die wir bisher vertreten haben, durch den Krieg als richtig erwiesen worden sind.“

Fleischbrüche an fleischlosen Tagen.

Am 11. April, 10. April. (B. Z. B.) Nach § 1 der Bundesratsverordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs vom 28. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 714) ist die Verabfolgung von Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, Dienstags und Freitags verboten. Von einzelnen Seiten ist diese Vorschrift dahin verstanden worden, daß damit auch die Verabfolgung von Fleischbrühen und der Verkauf sogenannter Bouillonnwürfel und dergleichen an fleischlosen Tagen allgemein unterbunden sei. Da indes Fleischbrühe ohne Zugabe von Fleisch und Suppenwürfel, die Fleischteile nicht enthalten, nicht als Speisen angesehen werden können, die teilweise aus Fleisch bestehen, unterliegt die Verabfolgung dieser Speisen nicht dem Beschränkungsverbot der genannten Verordnung.

Zur Kaffeeverordnung.

Der Kriegsaussschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, B. m. b. G., Berlin, Bellevuestr. 14, Telegramm-Adresse für Kaffee, Kriegskaffee und für Tee „Kriegssee“, teilt folgendes mit: Die große Anzahl der an uns ergangenen Zuschriften veranlaßt uns, nochmals auf die Verordnungen des Reichskanzlers vom 6. April 1916 zu verweisen, wonach seit dem 7. April 1916 Kaffee nur mit Zustimmung des Kriegsaussschusses geröstet werden darf. — Diese Zustimmung wird, solange die vorhandenen Vorräte sich nicht übersehen lassen, nicht erteilt werden.

Der Elb-Bohringische Landtag

ist durch kaiserliche Verordnung auf Mittwoch, den 26. April einberufen worden.

Aus Groß-Berlin.

Verlangen nach einer Bestandsaufnahme für Fleischwaren.

Der Magistrat Berlin hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, bei der Reichsfleischstelle wegen einer alsbaldigen Bestandsaufnahme für Fleisch- und Fleischwaren in geräucherter, gepökeltem und gesalzenem Zustand, und zwar über das ganze Reich sich erstreckend, vorstellig zu werden. Der Magistrat geht davon aus, daß für die Frage der Versorgungsregelung eine dahingehende allgemeine Bestandsaufnahme die notwendige Ergänzung der seitens der Reichsregierung bereits angeordneten Viehwirtschaftszählung darstellt. Eine solche Bestandsaufnahme müßte sich, will man ein klares Bild gewinnen, über Stadt und Land erstrecken. Eine Einbeziehung des letzteren erscheint umso notwendiger, als gerade in letzter Zeit Hauschlachtungen im ganz außerordentlichem Umfange stattgefunden haben, wie das von landwirtschaftlichen Kreisen offen zugegeben wird.

Der Magistrat hat ferner beschlossen, bei der Reichsfleischstelle die alsbaldige Feststellung von Stahlhöchstpreisen für Rübber und Schafe in Antrag zu bringen, da eine solche Festsetzung erst die Grundlage für die Aenderkung von Groß- und Kleinhandelshöchstpreisen bieten würde.

Menschenleben in Gefahr! Dieser Ruf alarmierte gestern die Berliner Feuerwehr nach dem Reibergen. In der Waldsee-Lösungs-kolonie war der 18-jährige Arbeiter Paul Lind bei dem vergessenen Versuch, ein altes Rymmenrohr aus dem Dünenfand auszugraben, in einer Tiefe von etwa fünf Meter von dem Flugland verhängt worden. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig. Es mußte darauf Bedacht genommen, daß nicht noch mehr Personen verhängt wurden. Der Sand rieselte fortwährend in die Grube. Nach vierstündiger Arbeit konnte Lind herausgeholt werden. Zum Glück hatte man den Kopf früher freimachen können. Als er noch lebend herauskam, brach er ohnmächtig zusammen. Er mußte nach dem Paul Gerhardt-Stift in der Müllerstraße gebracht werden.

Die Wahlzeit der unbeforderten Stadträte Nielsen, Banofsky, Dr. Preuß, Raft, Runge, Selberg, Wagner und D. Wiemer läuft mit Ende dieses Jahres ab. Die Stadtverordnetenversammlung, welcher die Wahl der Magistrats-mitglieder obliegt, hat sich mit der Neuwahl bezw. Wiederwahl der Stadträte schon jetzt zu befassen.

Der Selbstmord eines Greifenpaares wird aus Grünau berichtet. In einer Villa in der Rurfürststr. 6 des genannten Vorortes wohnte seit einer Reihe von Jahren der 77-jährige Rentner Hermann Busch mit seiner 75 Jahre alten Ehefrau. Das Paar lebte sehr zurückgezogen und sehr bescheiden, obwohl Busch sich in sehr guten Vermögensverhältnissen befand und Eigentümer der von ihm bewohnten Villa war. Die alten Leute hielten sich kein Dienstmädchen, auch keine Aufwärterin und besorgten alle Hausarbeit selbst. Die Einkäufe besorgte stets der Mann. Beide Eheleute waren schon seit längerer Zeit krank und empfanden dies bei ihrem Alter doppelt empfindlich. Busch konnte eines Tages wegen

nur am Stod gehen; seine Frau war seit längerer Zeit bettlägerig. Die langjährige Krankheit machte die beiden alten Leute schwermütig; wiederholt äußerten sie zu Bekannten, daß ihnen bei ihrem Alter und ihrem Leiden das Leben eine Last sei und sie den Tod als Erlösung empfänden würden. Am Sonnabend früh erlitten Angehörige des Mannes einen Brief, in dem Busch mitteilte, daß er bei Eintreffen dieser Nachricht nicht mehr am Leben sei; er habe mit seiner Frau im gegenseitigen Einverständnis den schon oft gefassten Entschluß, freiwillig in den erwünschten Tod zu gehen, endlich ausgeführt. Die Verwandten führten sofort nach Grünau. Hier fanden sie die Wohnung verschlossen vor. Als man die Tür durch die Polizei öffnen ließ, fand man das Ehepaar leblos in den Betten liegend auf. Alle Wasshähne waren geöffnet und alle Räume mit Gas angefüllt. Sofort angestellte Wiederbelebungsvoruche hatten nur bei dem Manne einen augenblicklichen Erfolg; er starb aber noch unter den Händen der Ärzte.

Schweinefleischung für die Stadt Berlin. Die Anlieferung der durch Vertrag mit der Kommersialen Viehverwertungs-gesellschaft der Stadt Berlin zugeführten Schweine zeigt der Magistrat in die Lage, für die nächsten zwei Wochen eine weitaus höhere Vermehrung der jetzt etwa 410 000 betragenden Zahl der Fleischarten zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung einzutreten zu lassen.

Mit der weiteren Ausklärung des Brandmordes ist ein großes Aufgebot der Kriminalpolizei Tag und Nacht eifrig beschäftigt. Die Person der Toten steht jetzt zugesperrt fest. In der vergangenen Nacht ermittelten die Beamten wieder eine ganze Reihe Zeugen, die über die Vorgänge dieses und jenes mitteilen konnten. Andere kamen, nachdem jetzt die Ermordete öffentlich bekannt geworden ist, aus eigenem Antriebe, um ihre Wahrnehmung mitzuteilen. Bestimmte neue Anhaltspunkte zur Ermittlung des Täters wurden hierbei bisher nicht gewonnen.

Ein schwerer Straßenunfall, bei dem eine Person getötet, eine zweite schwer verletzt wurde, hat sich gestern nachmittags in der Gassenstraße ereignet. Dort werden gegenwärtig an verschiedenen Stellen Ausbesserungsarbeiten des Kopfsteins vorgenommen, so u. a. auch an der Ecke der Gassen- und Röhrenstraße. Die an dieser Stelle beschäftigten Arbeiter hatten einen Straßenbahnwagen vorbeigefahren und waren von den Gleisen zurückgetreten, als in gleicher Fahrtrichtung in ziemlich schnellem Tempo ein Brauerwagen herankam. Trotz warnenden Zurufes der Arbeiter versuchte der Autofahrer, das Gefährliche zwischen Vorhänge und Arbeitsscheibe hindurchzulommen. Während sich die übrigen Arbeiter noch mit knapper Not in Sicherheit zu bringen vermochten, wurden die Arbeiter Franz Stenzel und Gustav Schirmer von dem Wagen erfasst und umgeworfen. Beide gerieten unter das schwere Gefährt, dessen Räder über sie hinweggingen. In schwerverletztem Zustande wurden die beiden Verunglückten, nachdem ihnen ein in der Nähe wohnender Arzt die erste Hilfe geleistet hatte, nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Dort ist Et. alsbald nach der Einlieferung der schweren Brustquetschung, die er erlitten, erlegen. Et. hat ebenfalls schwere innere Verletzungen erlitten, doch hoffen die Ärzte ihn am Leben erhalten zu können.

Tot wiedergefunden wurden zwei Frauen, die längere Zeit vermisst waren. Eine 40 Jahre alte Wirtshauskellnerin Marie Kellner aus Steglitz, die, nachdem sie Selbstmordgedanken geäußert hatte, seit dem 12. Februar verschwunden war, wurde in Rehlendorf aus dem Teufelskessel gelandet.

Die 25 Jahre alte Ehefrau Helene Lügner aus der Rabenstraße äußerte Selbstmordgedanken, verließ am 7. Januar ihre Wohnung und gab seitdem kein Lebenszeichen mehr von sich. Jetzt erkannte man sie in einer Frau, die bei Rehlendorf als Leiche aus der Hölle gelandet wurde.

Die Linie 11 der Großen Berliner Straßenbahn verkehrt wegen Bauarbeiten der Schnellbahn-Wagenbrücken-Brücke vom 11. April ab auf etwa 8 Tage zwischen Prinzenstraße (Ecke Dresdener Straße) und Craniensplatz aufstalt durch die Dresdener Straße in beiden Richtungen über Prinzenstraße—Königsplatz—Craniensstraße.

Aus den Gemeinden.

Eigenartige Lebensmittelerzeugung in Eichwalde. Zu dieser von uns kürzlich gebrachten Notiz geht uns vom dortigen Gemeindevorsteher nachfolgende Mitteilung zu:

Die zur Verteilung gelangten Margarinearten sind nicht von dem Gemeindevorsteher unter die Menge geworfen, sondern einzeln verteilt worden. Im übrigen ist die Verteilung der Lebensmittel nie planlos, sondern stets nach festen Grundregeln erfolgt. Eichwalde war die erste Gemeinde, die die eingeführten Fett- und Schweinefleischmengen unter Kontrolle stellte und bereits Anfang Dezember 1915 die Fett- und Fleischarten einfuhrte. Auch bei der letzten Fleischverteilung sind nicht nur die Ärmsten Vorkommen in erster Linie, sondern diese fast ausschließlich bedacht worden. Es ist eine Einkommensgrenze bis zu 3000 M. gezogen und genaue Kontrolle geübt worden. Ausgegeben sind Ratten und Fleischmengen auf 850 Erwachsene und 304 Kinder.

Gerichtszeitung.

Kurpfuserei und Betrug.

Als Kurpfuserei wurde vom Gericht die Heilmethode des Naturheilkundigen Otto Erdmann in Schöneberg eingeschätzt, der gestern unter der Anklage des Betruges in zwei Fällen vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg stand.

Der Angeklagte, ehemals Klempnermeister, ist seit 1880 „praktischer Naturheilkundiger“. Auf Grund eines von ihm gehaltenen Vortrages über Reurathenik begaben sich zwei Kranke in seine Behandlung: ein Bankbeamter und ein Ambulanzgehilfe. Kritischer litt an Nerven-schwäche, letzterer wollte eine Geschwulst los werden. Beide aber wurden trotz der großen Verheißungen über Beiden noch derselben Methode behandelt. Dem Bankbeamten verordnete der Angeklagte 80 Behandlungen a 4 M., das sind 320 M., die im voraus zu entrichten waren; der Kranke hatte 80 M. anzubringen. Die Behandlung bestand in der Verabfolgung von Kräuterbädern, Vollbädern und Massage. Unter einem mit einem Eken bedeckten trogartigen Kasten, der mit einem Rohrgeflecht versehen war, fand ein Topf mit Kräutern, der durch eine Glasschale erhitzt wurde; die Dämpfe sollten den Körper des Patienten durchdringen, ihn in Schweiß bringen und die Organe erweitern. Nach dem Dampfbad wurden die Kräuter in eine Wanne geschüttet und davon ein Bad gemacht, schließlich folgte Massage. Vereinhart waren auch elektrische Nadeläder. Nach der zweiten Behandlung bekam der Patient betrieblige nervöse Angst-beschwerden, daß er einen Spezialarzt aufsuchte, der ihm sagte: Die Behandlung sei eine Kurpfuserei. Als der Patient dies dem Angeklagten mitteilte, bewiderte dieser: die Ärzte verstanden dies nicht! Der Bankbeamte verlangte dann Nadeläder und erhielt aus eine Anweisung auf zwei Bäder; als er dann die anderen nehmen wollte, wurde ihm gesagt, er müsse sie bezahlen. Der Angeklagte behauptet, daß Nadeläder verabreicht worden seien, er will sie dem Patienten nur gegeben haben, weil dieser von der ersten Behandlung nicht betriebligt gewesen sei. Außerdem habe er auch noch einen Nadeladergang geordnet, den der Patient allerdings selbst aus der Apotheke hat kaufen und gut 10 M. bezahlen müssen. Ueber die Zusammenfassung des Textes mühte der Angeklagte nähere Angaben nicht zu machen. Als der Patient einjah, daß ihm durch den Angeklagten Leinwandstücke

Aus aller Welt.

Ein japanischer Dampfer gesunken. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Tokio: In der Nähe von Nagasaki ist in der Nacht vom 31. März der Dampfer „Yamamatsu Maru“ gesunken. 105 Personen sind ertrunken.

Eine Familientragödie. Im Gasthaus „Roter Hirsch“ in Breslau hat der Schuhmacher Johann Langner in einem Anfall von Schwermut seine vier Kinder getötet und sich dann selbst erhängt.

Traurige Folgen einer gefährlichen Spielerei. Beim Spielen mit einem Leßkina erlitt der achtzehnjährige Knecht Brenzel in Rabischau (Schlesien) den gleichaltrigen Knecht Glaubig. Als der Schläge sah, was er angerichtet hatte, erschlug er sich selbst.

Großfeuer in der Stettiner Portlandzementfabrik. Die bekannte Portlandzementfabrik in Stettin wurde von einem großen Brande heimgesucht, der in einem alten Ringofen entstanden war. Ein

Pferdestall brannte vollständig nieder, die Pferde konnten aber gerettet werden. Die Weiderei brannte ebenfalls teilweise ab.

Parteiveranstaltungen.

Großlichterfest. Mittwoch, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wahrenbrunn, Glindenbergdamm 104. Bericht von der Konjunktur der Reichswehrkommission; Bericht von der letzten Gemeindevorstandssitzung.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Lerche, Friedrichstr. 112, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht über die Reichswehrkommission; Bericht über die Reichswehrkommission; Bericht über die Reichswehrkommission.

Friedrichshagen. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sudbrück, Berliner Straße. Tagesordnung: Bericht über die Reichswehrkommission; Bericht über die Reichswehrkommission; Bericht über die Reichswehrkommission.

Süßdorf. Der gemeinschaftliche Jahreshabend findet am Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr, beim Genossen Rob. Rief, Weinauer Straße 7, statt.

Verderbshagen-Fredericksdorf. Heute gemeinschaftlicher Jahreshabend bei Richter, am Bahnhof.

Unschuldig stand, weil er sein Geld zurück, hatte damit aber sein Glück. Er fühlte sich betrogen, schenkte der Patient mit der Geschwulst. Dieser behauptete u. a., das Dampfbad sei so heiß gewesen, daß er kaum habe ertragen können. Er habe den Angeklagten rufen wollen, dieser habe sich aber entfernt und nicht wieder blicken lassen. Der Patient will durch Geschmack und Geruch festgestellt haben, daß das Dampfbad aus Wasser und Soda besteht. — Nach der Besichtigung des Medizinalrats Dr. S. S. S., der die Badräume des Angeklagten besichtigt hat, handelt es sich um einen Keller, in dem Vapeurapparate der allermodernsten Art aufgestellt waren. Im übrigen sei die angewandte Heilmethode des Angeklagten weder geeignet, auf Neurasthenie, noch viel weniger aber auf Geschwülste heilsam einzuwirken. — Auf Grund der Verurteilung kam das Schöffengericht mit dem Staatsanwalt zu der Überzeugung, daß es dem Angeklagten lediglich auf die Einnahme des Geldes angekommen sei, und verurteilte ihn wegen Betruges zu 500 Mark Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängnis.

Unserem Freund und Bezirks-Mitglied **Franz Stäger** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen des 22. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Köpenicker Viertel, Bez. 183 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schantwirt
Wilhelm Mahn
Lippiner Straße 9,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. April, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.
213/5

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Beststelle Berlin.
Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Glasfensterarbeiter
Julius Hellmig
(Schultheiß II)
gestorben ist. 42/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. April 1916, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde Reinickendorf in Reinickendorf, Friedenstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
(R. a. G.) Berlin, Bezirk 5.
Am 6. April d. J. schied infolge längerer Leiden freiwillig aus dem Leben unser Mitglied
Max Funke
Burgstraße 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im städtischen Krematorium, Gertrudenstraße 37/38, statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
Die Ortsverwaltung.
257/7

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahländerungen sofort.
Amt Zentrum 7990.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heute nachmittags 4 1/2 Uhr ent- schied sanft nach langen, schweren Leiden mein lieber, guter Vater, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt
Wilhelm Mahn
im 55. Lebensjahre.
Dies zeigt an
Der trauernde Sohn
Arthur Mahn.
Berlin, das 8. April 1916.
Lippiner Str. 9.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Infolge Schwermut ist unser lieber Bruder und Freund
Max Funke
freiwillig in den Tod gegangen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in der Gertrudenstraße statt.
Dies zeigen bestattet an
Paul Funke und Frau.
Familie Kühnemann.

Am Montag, den 10. April, verstarb unsere liebe Mutter, Schwäger- und Großmutter
Emilie Tiesler
im 55. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. April, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof der Luise-Gemeinde in Reinickow statt.
Familie Lachmann,
Baupener Str. 9.

Für die überaus wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten unerschütterlichen Mannes und guten Vaters, unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Martha Helsing.
5775

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Steglitz.
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Beschäftigten werden hiermit zu der Dienstag, den 18. April 1916, abends 8 Uhr, im „Steglitzer Hof“, Berlin-Steiglitz 15, hier, stattfindenden
Ausfluß-Sitzung
eingeladen. 208/1
Tagesordnung:
1. Abnahme der Rechnung für das Jahr 1915.
2. Aufnahme eines Darlehens auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 3. 12. 1914 (Reichswohnenhilfe).
3. Nachtrag zur Dienstordnung.
4. Verschiedenes.
Berlin-Steglitz, den 8. April 1916.
Der Vorstand.
W. Alfermann, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Nostitzplatz 10628, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Branchen-Versammlung.
Kistennmacher.
Dienstag, den 11. April 1916, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Stellungnahme zur Lenkungszulage.
3. Branchenanliegenheit.

Vertrauensmänner-Versammlung
Korbmacher.
Dienstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8, Part-Gallen-Restaurant.
Achtung, Südost!
Die Zahlstelle 52 ist von der Laufziger Str. 15 nach Laufziger Str. 25 bei Paul Laaser verlegt.
Die Vertrauensmänner der einzelnen Werkstätten werden ersucht, für ihre Betriebe die Jahresberichte vom Bureau, Rungestr. 30, abzuholen.
84/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
Filiale Berlin.
Zentralarbeitsnachweis: Andrastr. 17 in der Geschäftshalle.
Telephon: Köpenicker Str. 1007.
Donnerstag, den 13. April 1916, abends 8 1/2 Uhr, bei Nowotnik, Rungestraße 30:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1916.
2. Vortrag des Kollegen Hermann Jädel (R. d. F.): „Die Aufgaben unseres Verbandes während des Krieges und nach demselben.“
3. Diskussion.
Das Mitgliedbuch legitimiert.
Recht zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Otto Henicke
sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Sozialdem. Wahlverein Hohenschulden, dem Sängerverein Niederkreuz, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und Herrn Walder Ramasse für die tröstlichen Worte meinen innigsten Dank.
Witwe Berta Henicke.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesund.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lotzinger Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Nostitzplatz 10628, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Vertrauensmänner-Versammlung
Korbmacher.
Dienstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8, Part-Gallen-Restaurant.
Achtung, Südost!
Die Zahlstelle 52 ist von der Laufziger Str. 15 nach Laufziger Str. 25 bei Paul Laaser verlegt.
Die Vertrauensmänner der einzelnen Werkstätten werden ersucht, für ihre Betriebe die Jahresberichte vom Bureau, Rungestr. 30, abzuholen.
84/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
Filiale Berlin.
Zentralarbeitsnachweis: Andrastr. 17 in der Geschäftshalle.
Telephon: Köpenicker Str. 1007.
Donnerstag, den 13. April 1916, abends 8 1/2 Uhr, bei Nowotnik, Rungestraße 30:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1916.
2. Vortrag des Kollegen Hermann Jädel (R. d. F.): „Die Aufgaben unseres Verbandes während des Krieges und nach demselben.“
3. Diskussion.
Das Mitgliedbuch legitimiert.
Recht zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen,
bevor Sie sich die Gewißheit verschafft haben, daß es wirklich gut sehen kann.
An mangelhaften schlechten Zeugnis sind nur die schlechtesten Augen schuld.
Die meiste Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der Augen verrichtet.
Ein Kind, das nicht so gut sehen kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt rascher die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopfschmerzen verbunden, die Aufmerksamkeit läßt nach, und das Kind weicht zurück.
Konsultieren Sie mit Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine Sehkraft und beschreiben mit Sorgfalt die besten Gläser, falls solche nötig und nützlich für Ihr Kind sind.
Gute Brillen mit guten Gläsern für Kinder kosten von 10 bis 20 Mark.
Lassen Sie lieber ein paar Mark sparen, oder wollen Sie lieber Ihrem Kinde unnötige Anstrengungen und Zurücksetzungen ersparen?
Sie können mit Vertrauen zu uns kommen.
Auch Sie werden lieber dort kaufen, wo Sie große Auswahl und billige Preise finden. — Aber selbst wenn wir nicht die billigsten wären, so dürfen Sie nicht vergessen, Sie erhalten unsere große Garantie, und diese ist wohl wichtig beim Einkauf von Brillen für Kinder, weil diese öfter etwas zerbrechen.
In der Garantiezeit erhalten Sie außer für Gläserbruch usw. alle Reparaturen umsonst.
Die Garantie währt für Fassungen von M. 4.50 an ein Jahr, für bessere zwei und drei Jahre.
Optiker Ruhne, Berlin.

DRESDNER BANK.			
Bilanz der 31. Dezember 1915.			
Aktiva.		M.	pt
Kasse, fremde Geldsorten und Kupons		43.477.701	45
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		96.405.414	85
Wechsel und unverfallliche Schatzanweisungen		338.588.200	43
a) Wechsel und unverfallliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	338.588.200	43	
b) eigene Akzepten	—	—	
c) eigene Ziehungen	—	—	
d) Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	—	—	
Nostro Guthaben bei Banken und Bankfirmen		63.288.913	53
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		149.581.807	70
Vorschüsse auf Waren und Warenverschaffungen davon am Bilanzstichtage gedeckt:		7.925.427	84
a) durch Waren, Fracht- oder Lagercheine	6.414.608	60	
b) durch andere Sicherheiten	222.190	74	
Eigene Wertpapiere		65.041.478	65
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	33.437.967	75	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	8.347.325	43	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	24.989.491	63	
d) sonstige Wertpapiere	9.297.181	80	
Kontokorrentbeteiligungen		89.616.025	70
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		58.505.141	53
Debitoren in laufender Rechnung		643.711.151	64
a) gedeckte	477.235.868	15	
b) ungedeckte	171.274.28	20	
ausserdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren	M. 73.678.508	95	
Bankgebäude		81.014.740	73
Sonstige Immobilien		1.355.321	43
Mobilien-Konto		31.847	20
Pensions-Fonds-Einkonto		4.571.736	65
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung		100.000	15
Effekten-Konto der Georg-Arnstadt-Stiftung		140.550	—
Saldo der Zentrale und auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London		10.795.435	05
		1.876.350	91/10
Passiva.		M.	pt
Aktien-Kapital-Konto		200.000.000	—
Reserve-Fonds-Konto		51.000.000	—
Reserve-Fonds-Konto B		10.000.000	—
Teilssteuer-Reserve-Konto		840.000	—
Kreditoren		495.283	03
a) Nostroverpflichtungen		2.719.860	—
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		81.832.607	20
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		416.004.918	14
d) Einlagen auf provisorischer Rechnung	267.651.877	15	
1. innerhalb sieben Tagen fällig	104.942.082	15	
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	33.989.678	21	
3. nach drei Monaten fällig	—	—	
e) sonstige Kreditoren	127.142.471	71	
1. innerhalb sieben Tagen fällig	228.288.192	47	
2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	38.129.363	20	
3. nach drei Monaten fällig	—	—	
Akzepten und Schecks		62.313.788	62
a) Akzepten	58.997.792	60	
b) noch nicht eingelöste Schecks	3.316.480	45	
Ausserdem		115.632	—
Aval- und Bürgschaftspflicht	M. 73.678.508	95	
Eigene Ziehungen		4.543.509	75
davon für Rechnung Dritter		111.354	03
Wetterbeleg, Solawechsel der Kunden an die Order der Bank		24.978.615	65
Beleggewinn		1.076.350	91/10
Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1915.			
Verlust.		M.	pt
Handlungs-Unkosten-Konto		17.878.077	25
Steuern		2.217.036	93
Beleggewinn		41.978.615	65
		41.178.600	10
Gewinn.		M.	pt
Vortrag von 1914		4.78.583	59
Sorten- und Kupons-Konto		288.883	03
Wechsel- und Zinsen-Konto		25.92.019	40
Provisions-Konto		12.940.032	89
Effekten- und Konsortial-Konto		—	—
Ertrags aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken		474.799	90
Tresorkonten		865.455	95
		41.178.600	10

Dresden, den 31. Dezember 1915.
DRESDNER BANK.
E. Gutmann. Nathan. Jüdel. Herbert M. Gutmann.

Herzog zu Lauenburg
3 Mg. Cigarette
DRESDEN

Herrenhüte, nur Reibellen in bewährten Qualitäten von M. 3.50, 4.50, 5.00, 6.00.
Haarhüte M. 6.00, 7.00, 8.00.
Zylinderhüte u. Chapeau claque M. 10.00, 12.00 und 15.00.
Panamas, Strohhüte in allen Preislagen.
Mützen für Herren u. Knaben von 90 Pf. an.
Größte Herrenhutspzialgeschäfte des Nordens.
Lesern dieser Zeitung 5 Proz. Rabatt in bar.
Alfred Krug Hutmacher- I. Gesch.: Brunnenstraße 54, meister. II. „Schönhaus-Allee 115
Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten.